

latina press Nachrichtenportal

Südamerikas Regenwald durch deutsche Massentierhaltung bedroht

Veröffentlicht: 24. Juli 2010 | Themenbereiche: Lateinamerika, Natur & Umwelt



Was hat eine für den Tourismus erschlossene Region und besonders schützenswerte Naturlandschaft der Südheide mit der größten Geflügelschlachterei Europas zu tun? Und warum führt die blutige Spur bis in die Regenwaldgebiete Südamerikas?

In der beschaulichen niedersächsischen Gemeinde Wietze bei Celle soll Europas größte Anlage zur Schlachtung von Geflügel entstehen. Im Sekundentakt sollen hier hochgezüchtete Hühner massenhaft getötet werden – 135 Millionen Tiere pro Jahr!

Der Investor der Anlage, Franz-Josef Rothkötter, ist kein unbeschriebenes Blatt. Bereits im Emsland betreibt er Mast- und Schlachtbetriebe in ähnlichen Dimensionen. Der unter dem Namen Emsland Frischgeflügel GmbH firmierende Großschlachtbetrieb hat zusammen mit Mitbewerbern eine ganze Region in Agrarland verwandelt und findet nun in Wietze nahe den Flussauen von Aller und Leine ideale Bedingungen für seine Expansionspläne vor. Zudem hat die niedersächsische Landesregierung Stimmung gemacht und einheitlich das Bauvorhaben begrüßt. So käme dringend benötigtes Geld in die Kassen der Gemeinden, zudem würden neue Arbeitsplätze entstehen. Das Gewerbeaufsichtsamt hat in letzter Instanz die erforderliche Genehmigung erteilt.

Seitdem ist das Gelände, auf dem der Megabau entstehen soll, hart umkämpft. Es werden alle Register gezogen, auch aus den Reihen der Gegner der Tierfabrik. Ihr Vorwurf: Hier segelt unter falscher Flagge ein großes Industrieunternehmen, das vorgibt, in Sachen Umweltschutz und artgerechter Tierhaltung vorbildlich zu produzieren. Rothkötter präsentiert sich in seiner Hochglanzbroschüre als engagiertes Vorzeigeunternehmen. Tatsächlich ist der vorgesehene Megaschlachtbetrieb für den deutschen Markt völlig überdimensioniert. Eine entsprechende Überproduktion an Schlachtgut ist aber vorgesehen und ein willkommenes Vehikel, um den Export in das Europäische Ausland anzukurbeln.

Ein industrieller Fleischproduktionsbetrieb mit solchen Ausmaßen geht immer einher mit Tierquälerei, Umwelterstörung und Konflikten mit der Bevölkerung aus ethischen und sozialen Gründen.

Die Lust auf Fleisch kostet einen hohen Preis: Bereits heute entfällt mehr als die Hälfte des weltweit verfügbaren Ackerlandes auf die Tierzucht. Für jedes Kilogramm Geflügel müssen zwei Kilogramm Getreide und Soja geopfert werden. Wenn man weitere Faktoren wie Wasserverbrauch und ungenutzte Abfälle einrechnet, so ergibt sich eine vernichtende Energiebilanz: 20 Kilogramm an pflanzlicher Masse ist nötig, um ein Kilogramm Fleisch zu erzeugen. Jedes Jahr werden weltweit rund 700 Millionen Tonnen Getreide und Soja an

Nutztiere verfüttert. Das ist mehr, als ein Drittel des Weltgetreideverbrauchs. Je mehr Tiere aber mit dem Menschen um Getreide und Soja konkurrieren, desto höher steigt der Preis für die Nutzpflanzen – die Armen können sich dann nicht einmal mehr die pflanzliche Nahrung leisten.

Vor allem der Sojaanbau für die Tierfutterindustrie birgt verheerende Probleme. In den Ländern wie Brasilien, Argentinien, Bolivien und Paraguay führt der Anbau der Nutzpflanze immer zu Menschenrechts- und Landrechtsverletzungen und zur Vertreibung von Urvölkern in Folge von Übergriffen durch Konzerne, die sich große Landstriche zur Bebauung unrechtmäßig aneignen. Menschen hungern, weil ihre Nahrungsmittel in Industrieländer exportiert werden als Futtermittel für unser Vieh. Und um die Ackerflächen für den Anbau von Nutzpflanzen wie Soja zu schaffen, werden in Südamerika die artenreichen Urwaldwald- und Savannengebiete gerodet. Dies führt zur Zerstörung von ursprünglichem Lebensraum der Urvölker, zum Artensterben und in letzter Konsequenz zu massiven Klimaveränderungen weltweit (siehe Regenwald Report Nr. 01/2009).

[Noch kann der Bau der größten Geflügelgroßschlachtereis Europas verhindert werden.](#) Denn einige Entscheidungen bis zum ersten Spatenstich für die Anlage stehen noch aus. So bleibt vor allem die Frage zur Wasserversorgung von täglich 3.300 Kubikmetern vollkommen ungeklärt. Und solange der Bau solcher Großbetriebe weiterhin aus Mitteln der EU subventioniert wird, damit diese ihre Massengüter billig auf den Markt bringen können, werden Tiere wie leblose Rohstoffe behandelt. Wir stehen am Beginn einer Entwicklung, die jetzt aufgehalten werden muss.

Die ZDF-Sendung „Frontal 21“ beleuchtet voraussichtlich am Dienstag, 27. Juli, um 21:00 Uhr die Problematik um den geplanten Großbetrieb.

Artikel - URL: <http://latina-press.com/news/36247-suedamerikas-regenwald-durch-deutsche-massentierhaltung-beroh/>

Lübecker Nachrichten

In-online/lokales vom [17.07.2010 00:00:00](#)

Hanshagen sagt „Nein“ zur Putenmast



Investor Tim Zander: Uns bringt die Versagung der Gemeinde nicht davon ab, die neue Anlage zu bauen.

Sievershagen – Die Abgeordneten haben ihr Einvernehmen zum Bau einer Mastanlage für 15 000 Puten versagt. Auf Investorenmenseite wird Unverständnis geäußert.

Nach über zweistündiger, emotionsgeladener Diskussion im Sportlerheim Sievershagen stand der einstimmige Beschluss fest: „Die Gemeindevertretung versagt das gemeindliche Einvernehmen zum Bau einer neuen Putenmastanlage in der Gemarkung Sievershagen“, erklärte Bürgermeister Hans-Peter Voß.

Damit gerät das Vorhaben der Familie Zander aus Büttlingen, eine Mastanlage für 15 000 Tiere an der Landesstraße zwischen Sievershagen und Büttlingen zu bauen, ins Stocken. Zunächst. Entscheidende Genehmigungsbehörde ist das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt (Stalu). Das überprüft nun innerhalb von zwei Monaten die „Versagung“ auf ihre Rechtmäßigkeit.

Landwirte seien laut Bundesgesetz „privilegiert, auch im Außenbereich große Mastanlagen zu errichten“, machte Grevesmühlens Bauamtsleiter Prahler deutlich – was auf großes Unverständnis bei den Bürgern traf. „Das geht alles über unsere Köpfe hinweg“, drückte ein Besucher die Enttäuschung der meisten Zuhörer aus. „Ja, die Gemeinde hat sehr geringen Ermessensspielraum“, sagte Prahler.

Den kleinen „Spielraum“ nutzten die Gemeindevertreter mit der Versagung, um im weiteren Verfahren „nicht ganz über Bord zu gehen“, wie Stephan Ditz sagte. So würden die Planungsunterlagen als unzureichend angesehen, Ausgleichspflanzungen sollten im Gemeindegebiet erfolgen.

„Ich dachte, wir können uns doch mehr aufeinander zu bewegen“, sagte Voß. Und an Familie Zander gewandt, dass sie auf „die Befindlichkeiten der Einwohner“ zu wenig eingegangen sei. Die Bürger fühlen sich über mögliche Belästigungen wie Lärm und Geruch zu wenig informiert, auch Baupläne fehlten. „Wir wurden vorher nicht einbezogen und jetzt vor vollendete Tatsachen gestellt“, machte ein Bürger seinem Ärger Luft.

Kürzlich hatten sich Gemeindevertreter den Putenhof Büttlingen angeschaut. „Die Anlage ist top, kein Geruch, alles unproblematisch“, so Ditz. „Wir hätten gern auch heute die Einwohner auf unseren Hof eingeladen, aber daraus wurde ja nichts“, sagte Tim Zander (32). „Einige

Ausführungen von Herrn Voß finde ich befremdlich.“ Sein Eindruck sei, die weitere Entwicklung eines Landwirtschaftsbetriebes solle verhindert werden. Und Ausgleichspflanzungen könnten gern in der Gemeinde erfolgen. Der Putenkot würde zweimal jährlich auf die abgedeckte Mistplatte nach Büttlingen gefahren.

Christiane Zimmermann vom Schweriner Ingenieurbüro „vermisste eine sachliche Diskussion“. Die Anlage mit zwei Arbeitsplätzen solle als geklinkerter Bau, rundum begrünt mit zweireihiger Hecke und einer Baumreihe entstehen. Cornelia Güttler von der Landesgesellschaft MV war „enttäuscht, dass es in einer Region, wo die Landwirtschaft schon immer ihren Platz hat, soviel Widerspruch gibt“. Es sei aber „erklärtes Ziel der Gesellschaft als Geschäftsbesorger für das Land, Familie Zander weiter zu unterstützen“.

Bürgermeister Voß betonte, der Beschluss sei „nicht gegen Familie Zander gerichtet“, aber die Belange der Gemeinde seien zu wenig berücksichtigt. „Wir begrüßen jeden, der Gewerbe in der Gemeinde ansiedelt.“

Augsburger Allgemeine

Bürgerinitiative will Hühnermast verhindern

Von Nadine Pflaum



Nadine Pflaum

Das soll er hin: Horst Marz (links), Ingeborg Urban und Patric Stamm zeigen, wo der Bau des Maststalls in Langerringen geplant ist. Foto: Nadine Pflaum

Langerringen Die Anlieger wollen keine 39 500 Hähnchen als Nachbarn: In Langerringen gibt es massiven Widerstand gegen einen geplanten Hähnchenmaststall. Unter der Führung von Horst Marz hat sich eine Bürgerinitiative gegründet und 200 Unterschriften gegen das Bauprojekt gesammelt. Diese sollen nächste Woche im Landratsamt übergeben werden.

Der Langerringer Landwirt Matthias Mayr möchte am westlichen Ortsrand einen Maststall für 39 500 Hähnchen errichten, 25 Meter breit und 90 Meter lang (wir berichteten). Im September soll der Bau der Halle beginnen, im nächsten Frühjahr der Mastbetrieb starten. Die nötigen Gutachten hat Mayr bereits, es fehlt aber noch die Zustimmung des Landratsamts. Und die kommt relativ sicher, da aus baurechtlicher Sicht alles in Ordnung ist.

Die Anlieger des Gewerbegebiets können sich mit dem Gedanken an 39 500 Hähnchen nicht anfreunden. „Wir haben Angst um unsere Gesundheit“, sagt Ingeborg Urban. Die Langerringer fürchten, dass Lärm, Feinstaub mit Antibiotika, Geruchsbelästigung und jede Menge Schwerlastverkehr auf sie zukommen. Zudem glauben sie, dass ihre Grundstücke an Wert verlieren werden. „Knapp 300 Meter Luftlinie, das ist zu wenig Abstand“, sagt Claudia Mayer, die von ihrem Balkon auf die Wiese blickt, auf der der Stall einmal stehen soll.

Landratsamt hat das Projekt bereits geprüft

Der Bauantrag Mayrs war bereits Thema im Gemeinderat. Das letzte Mal Anfang Juli. In dieser Sitzung sprachen sich vier Räte, unter ihnen Bürgermeister Konrad Dobler, gegen das Projekt aus, elf dafür. Allerdings handelte es sich dabei nicht um eine Abstimmung, sondern nur um eine Stellungnahme wie sie auch andere Behörden abgeben. Die Genehmigung erteilt das Landratsamt.

Mayrs Hähnchenmaststall ist ein privilegiertes Bauvorhaben, dass nicht einfach gestoppt werden kann. Das Landratsamt hat das Projekt bereits geprüft: Abstände zur Bebauung seien eingehalten, eine Genehmigung möglich. Stellungnahmen anderer Behörden fehlen allerdings noch. „In rechtlicher Hinsicht sind uns die Hände gebunden“, sagt Bürgermeister Konrad Dobler. Erich Paul, selbst Landwirt, betont, dass die Bürgerinitiative nicht prinzipiell gegen den Bau des Maststalls sei, sondern gegen den Bau der Halle nahe des Gewerbegebiets am westlichen Ortsrand. „Auf der anderen Seite des Dorfes wäre ein guter Platz“, meint Paul. Zudem befänden sich dort bereits Biogasanlagen.

Höhere Erschließungskosten bei anderen Grundstücken

Matthias Mayr sind diese Grundstücke nicht unbekannt. Er habe monatelang überlegt, welches der geeignetste Standort sei. Sei dann aber zum Entschluss gekommen, dass der Bauplatz an der Straße Richtung Hiltenfingen ideal für den Maststall sei, erklärt der Landwirt. Dort seien die Erschließungskosten geringer und bereits betonierte Straßen vorhanden. Er bedauert es allerdings, dass noch niemand mit ihm persönlich gesprochen hat. Das bestreiten die Mitglieder der Bürgerinitiative. Man habe bei den Mayrs vorbeigeschaut, niemand habe aufgemacht.

Werner Mayr, Vater des Bauherrn, betont, dass Lärm und Geruch minimal seien. Ihm liegt nichts an Auseinandersetzungen: „Ich habe nichts davon, wenn ich mit dem ganzen Dorf Streit habe, wenn die Anlage einmal steht.“

Bei uns im Internet

Was sagen Sie zum geplanten Hähnchenmaststall in Langerringen?

schwabmuenchner-allgemeine.de/forum

17.07.2010 06:06 Uhr

Oldenburgische Volkszeitung

22.7.2010

1800 Schweine verenden nach technischem Defekt im Stall

Holtrup (tat) - Der Stall ist so gut wie neu und mit allem ausgestattet, was es an Technik gibt. Auch der Luftaustausch ist technisch geregelt. Sollte es Probleme geben, benachrichtigt eine Alarmanlage Landwirt und/oder andere Helfer.

Dass dies alles Theorie bleiben kann, musste Landwirt Heinrich Wilking aus Holtrup schmerzhaft erfahren: Kürzlich verendeten 1800 Schweine nicht etwa wegen der Sommerhitze, sondern weil offenbar eine Sicherung herausgeflogen war und neben der Technik auch das Warnsystem versagte. Ein Schock für die gesamte Familie. "Als wir morgens um halb sieben zum Stall kamen, konnten wir nichts mehr machen", sagte Heinrich Wilking senior bedrückt zur OV. Die Tiere waren tot. Es blieb nur die fachgerechte Entsorgung.

Der Tod der Schweine stellt einen großen wirtschaftlichen Schaden dar. "Pro Stall rechnet man mit einem Durchsatz von 2,4 Tieren pro Jahr", erklärt Kreislandvolk-Geschäftsführer Bernard Schomaker. Während die Versicherung noch den Fall rekonstruiert, versucht Familie Wilking nach vorn zu schauen. "Wenn man so viel in einen Stall investiert hat, muss man die Macken der Anlagen beseitigen und weitermachen", so Wilking. In jedem Fall soll es künftig eine zweite Alarmanlage geben.

Dass es diese künstlichen Lüftungsanlagen samt Alarmanlagen in Schweineställen gibt, ist Bestandteil der Baugenehmigung, erklärt Kreislandwirt Norbert Meyer: "Die Technik wird monatlich überprüft." Doch auch er weiß, dass Elektronik anfällig ist. Nur seinem ungunstigen Gefühl verdankte er es vor Jahren, dass er einen Blitzeinschlag in seinem Betrieb rechtzeitig bemerkte. Verstärkte Kontrollen empfiehlt er Landwirten, die Abluftreinigungsanlagen im Betrieb haben. Denn wenn die ausfallen, kann es im Stall zu Sauerstoffmangel kommen.

Nordkurier

Nordkurier - Müritz-Zeitung

Artikel vom 26.07.2010

Retzower Milchbauer plant Bruteierproduktion

Tierhaltung. Weil die Erlöse aus der Milchproduktion geringer werden, geht Jürgen Siewert neue Wege.

Retzow (nre). Nun auch Retzow: In dem Rechliner Ortsteil gibt es Pläne für eine weitere Geflügelanlage im Müritzkreis.

Wie der Vorhabenträger, der Milchbauer Jürgen Siewert, im Gespräch mit dem Nordkurier sagte, trage er sich mit dem Gedanken, eine Bruteierproduktion zu errichten. Insgesamt wolle er 39 960 Hühner und Hähne in Stallungen halten.

Die befruchteten Eier der Hennen würden an eine Brutanlage weiterverkauft, wo die Küken schließlich schlüpfen würden. „Eine solche Anlage gibt es bisher im Müritzkreis noch nicht“, sagte Jürgen Siewert.

Wie der Landwirt betonte, sei er um größtmögliche Aufklärung bemüht: „Wer Fragen hat, kann mich jederzeit ansprechen. Ich möchte nichts verheimlichen, sondern ganz offen mit dem Thema umgehen.“ Auf der jüngsten Gemeindevertreter-Versammlung in Rechlin hat Siewert seine Pläne den Gewählten und Einwohnern vorgestellt.

Die Bruteierproduktion in Erwägung gezogen habe er, so der Landwirt, weil es immer schwieriger werde, allein aus den Erlösen des Milchverkaufs heraus zu bestehen. Wie Siewert weiter sagte, würden momentan Antragsunterlagen für die Errichtung der Bruteierproduktion erarbeitet.

Laut Auskunft des kreislichen Veterinäramtes werden momentan im Müritzkreis 360 000 Legehennen, 300 000 Masthähnchen und 37 000 Puten, aufgeteilt auf 30 Standorte, gehalten. Weitere Anlagen, in denen Gefügel gehalten werden sollen, sind derzeit in Planung.

Anlagen in Planung

Neukrug:

Legehennenfarm,
30 000 Tiere

Grabow-Below:

Legehennenfarm,
30 000 Tiere

Wildkuhl:

Legehennenfarm
30.000 Tiere

Vipperow:

Anlage für Jungtiere,
40.000 Stück

Klein Lukow:

Mastanlage
300.000 Tiere

Schwinkendorf:
Legenhennenanlage
25.000 Tiere

Nordkurier

Nordkurier - Demminer Zeitung

Artikel vom 26.07.2010

Biogas aus Telliner Ferkelzucht auch für die Nachbardörfer?

Erweiterung. Die Straathof Holding hat der Gemeinde eröffnet, eine weitaus größere Biogas-Anlage als im Genehmigungsverfahren angeführt zu bauen.

Von Stefan Hoefl

Alt Tellin/Neu Plötz. Zwar steht die Genehmigung der zwischen Siedenbüssow und Neu Plötz geplanten großen Sauenanlage noch aus, doch wirft das Projekt schon jetzt Schatten zusätzlicher Vorhaben voraus. In deren Folge könnten die Dörfer Alt Tellin und Neu Plötz künftig mit Biogas aus der Stallanlage versorgt werden.

Denn die Straathof Holding als Investor will sich keineswegs auf die im derzeit laufenden Genehmigungsverfahren angeführte 0,5-Megawatt-Biogasanlage beschränken. Im Gegenteil: Am Ende will sie weitaus mehr Leistung aus der Gülle und Zusatzstoffen herausholen und deshalb eine entsprechend größere Biogas-Anlage errichten.

Dafür allerdings muss erst der Flächennutzungsplan der Kommune entsprechend geändert und ein vorhabenbezogener Bebauungsplan auf den Weg gebracht werden. Was nicht ohne Zustimmung der Gemeinde geht.

Bisher ist das für diese Investition vorgesehene Areal zwischen der geplanten Ferkelfabrik und der Kreisstraße nach Neu Plötz als landwirtschaftliche Fläche ausgewiesen. Und damit nicht zugelassen für eine Biogasanlage über die gesetzliche Privilegierungsgrenzen von 0,5 Megawatt hinaus. Daher hofft die Straathof Holding auf eine künftige Einstufung als „Sonstiges Sondergebiet“ für die Energiegewinnung aus Biomasse.

Schließlich dürften bei 10 000 Muttersauen und entsprechend vielen

Ferkeln erheblich mehr Mengen Gülle anfallen als für 0,5 Megawatt nötig. „Es geht darum, die Verweildauer der Gülle zu erhöhen und damit die Gasausbeute“, erläuterte Michael Meißner, Geschäftsführer der Planungsfirma Baukonzept, den Alt Telliner Abgeordneten.

Zumal nicht nur die Abprodukte der Schweinezucht in die Fermenter kommen, sondern auch Erzeugnisse von den landwirtschaftlichen Flächen im Umkreis. Dabei gehe es hauptsächlich um Mais und Ganzpflanzensilage sowie in geringeren Mengen um minderwertiges Getreide.

Das so gewonnene Biogas gehe in ein Blockheizkraftwerk, um Strom zu erzeugen und ins Netz des Energieversorgers einzuspeisen. Gleichzeitig werde die Abwärme für die Stallanlage genutzt. Das Gärrest-Substrat schließlich könne als Dünger wiederverwendet werden und sei deutlich geruchsärmer als Gülle. Ohnehin gehe von der Anlage selbst keine Geruchsbelästigung aus, hieß es.

Neben der Eigenversorgung schwebt der Straathof Holding zudem die Idee vor, mittels parallel zu den Kreisstraßen verlegten Leitungen Gas nach Alt Tellin und Neu Plötz zu leiten, um dort kleine externe Blockheizkraftwerke aufzustellen, die die kommunalen Bauten kostengünstig versorgen könnten. Wobei der Investor nicht nur die Planungskosten an sich übernehme, sondern auch den Bau besagter Leitungen und Aggregate.

„Das wird zur Zeit geprüft, wo geeignete Standorte wären“, ergänzte Projektleiter Peter Meyer. Grundidee sei, auch für die von der Schweinezucht tangierten Dörfer einen positiven Effekt zu erreichen.

Ähnlich sahen es die Gemeindevertreter, wobei mancher durchaus gehörige Skepsis anklingen ließ, insbesondere Günter Hegewald vom Bürgerbündnis. „Das gute Herz von Herrn Straathof mag ich nicht begreifen wollen“, meinte er mit Verweis auf das bisherige Gebahren des Investors an anderen Standorten wie beispielsweise Medow. Dem gehe es doch immer nur um Profit.

Am Ende war Hegewald allerdings der einzige, der gegen die Änderung des F-Planes und den folgenden B-Plan stimmte. Denn die anderen Gemeindevertreter führten ins Feld, dass so die Bürger aus der Großinvestition konkrete Vorteile ziehen könnten. Zumal sich unter Umständen andere Dörfer wie Siedenbüssow und Privathaushalte anschließen könnten.

Vor allem aber liege vom Investor eine Kostenübernahmeerklärung vor, sprich die Kommune bleibe bei der Begleichung etwaiger Rechnungen für Planung und Bau außen vor.

Süddeutsche Zeitung

Streit um Schlachthof Angst vor der Masse

19.07.2010, 11:25

Von Stefan Lakeband

Mast- und Schlachtbetriebe brauchen mehr Platz. Deswegen erschließen sie neue Regionen - wie in Wietze. Dort soll der größte Geflügelschlachthof Europas entstehen. Kritiker schlagen Alarm.

Die Zahlen sprechen für sich: Allein im ersten Quartal 2010 wurden 339.000 Tonnen Geflügel geschlachtet, ein Plus von mehr als zwölf Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Besonders beliebt bei den Produzenten des Fleisches ist Niedersachsen. "Fast 65 Prozent des gesamten Geflügelfleisches in Deutschland kommt aus Niedersachsen", sagt Albert Hortmann-Scholte von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen.



[Bild](#)

[vergrößern](#)

134 Millionen Hühnchen im Jahr: In Wietze soll der größte Geflügelschlachthof Europas entstehen. Die Gegner wehren sich. (© dpa)

Kernregion für die Geflügelmast und -schlachtung ist immer noch das Emsland im Westen Niedersachsens. Doch da stehen die fleischverarbeitenden Betriebe mittlerweile vor einem Problem: "Das Emsland ist voll", sagt Hortmann-Scholte. "Es gibt keine Wachstumspotentiale mehr und zu wenig freie Flächen." Deswegen plant Emsland Frischgeflügel Europas größten Geflügelschlachthof in Wietze bei Celle. Dort, etwa 250 Kilometer vom Emsland entfernt, sei noch genug Platz.

Die Ausmaße des für 2011 geplanten Schlachthofs sind enorm: Wenn die Anlage voll ausgebaut ist, sollen dort bis zu 27.000 Tiere pro Stunde geschlachtet werden. Das sind mehr als 134 Millionen pro Jahr. Um diese Zahl an Schlachtungen zu erreichen, müssten bis zu 400 neue Mastställe in der Region entstehen, die den Schlachthof mit Tieren versorgen. Zahlreiche neue Jobs sollen entstehen, heißt es.

Protestcamp gegen Mega-Schlachthof

Gegen diese Pläne regt sich jedoch Widerstand. Die Bürgerinitiative Wietze (BI) läuft Sturm gegen das Projekt und warnt vor den Folgen für die Umwelt und den Tourismus. Der Grundwasserspiegel könne sinken, Schlacht- und Mastbetriebe zur Geruchsbelästigung werden und die geplanten 100 Lkw-Transporte pro Tag zu Verkehrschaos führen, so die Befürchtungen der BI. Außerdem sei die Tierhaltung in den Mastbetrieben nicht artgerecht.

Wilfried Fleming, Geschäftsführer von Emsland Frischgeflügel, wehrt sich vehement gegen die Bedenken der BI: "Das sind wenige Leute, die sehr viel Wind machen. Sie übertreiben, lügen und argumentieren mit falschen Zahlen." Trotz des Gegenwinds habe man noch nicht darüber nachgedacht, einen anderen Standort zu suchen. "Der Rückhalt in der Bevölkerung ist sehr groß, weil wir neue Arbeitsplätze schaffen und den Landwirten in der Region eine alternative Einnahmequelle geben." Zudem ist die Baugenehmigung für den Schlachthof schon erteilt worden.

Bis das Gelände mit dem Geflügelschlachthof bebaut werden kann, wird es wohl aber noch ein wenig dauern. Seit dem 23. Mai campieren 20 bis 30 Tierschützer auf dem Grundstück und wollen damit die Anlage verhindern und gegen die Massentierhaltung protestieren. Ein Blick ins Ausland zeigt, dass es auch anders geht.

Den langsamen Abschied von dieser Art der Tierhaltung haben die Niederlande vor einiger Zeit beschritten. "Die Tierbesatzdichte war in den achtziger Jahren in Holland sehr hoch", so Hortmann-Scholte. Das habe zu Konflikten mit der Bevölkerung geführt. Um den Bauern den Ausstieg aus dem Mastbetrieb zu erleichtern, hat die Regierung eine Art Abwrackprämie für die Schließung der Betriebe gezahlt. Von solchen Schritten sei man in der Bundesrepublik aber noch sehr weit entfernt, so Hortmann-Scholte. Ganz im Gegenteil: Viele niederländische Bauern haben mit der Prämie neue Mastbetriebe in Deutschland eröffnet.

Protest gegen Schlachtfabrik "Jede Sekunde sterben sieben Hühner"

18.07.2010, 18:00

Interview: Melanie Ahlemeier

27.000 Hähnchen pro Stunde: Bei Celle entsteht Europas größter Schlachthof. Dauer-Demonstrantin Anna Will über das Geschäft mit der Massentierhaltung, friedlichen Protest - und Ökoklos.

Gigantomanie in Zahlen: In Wietze im Kreis Celle, Niedersachsen, soll schon bald Europas größter Schlachthof entstehen. 432.000 Hähnchen pro Tag und damit 27.000 Tiere in einer einzigen Stunde sollen dort künftig geschlachtet und verarbeitet werden. Für die Aufzucht der Tiere werden 400 neue Mastställe hochgezogen. Doch es gibt massiven Protest. Neben der Bürgerinitiative Wietze wehren sich auch Öko-Aktivisten gegen den Bau der Anlage. Anna Will, Gymnasiastin aus Berlin, ist eine von rund zwei Dutzend Gegnern, die das Baugelände friedlich besetzt haben. Seit Ende Mai dauercampiert die 17-Jährige nun schon in Niedersachsen. Ein Gespräch über das Geschäft mit der Massentierhaltung, veganen Protest - und warum von Resignation keine Rede sein kann.



[Bild](#)

[vergrößern](#)

Anna Will demonstriert gegen die Massentierhaltung - und gegen den Bau von Europas größter Schlachthanlage in Wietze im Kreis Celle. (© Sophie Juretzko)

sueddeutsche.de: Frau Will, Sie campieren und demonstrieren seit dem 24. Mai auf einer Wiese im Ort Wietze im Kreis Celle, um den Bau von Europas größten Geflügelschlachthof zu vermeiden. Die Gemeinde hat dem unternehmerischen Vorhaben längst zugestimmt. Ist Ihr Kampf nicht längst aussichtslos?

Anna Will: Wir wollen den Bau dieses Schlachthofs verhindern, darum werden wir nicht freiwillig von diesem Gelände gehen. Wir bleiben so lange, wie es uns möglich ist.

sueddeutsche.de: Die Genehmigungen liegen vor, Anfang August rollen die Bagger an. Wie groß ist die Resignation?

Will: Da ist keine Resignation. Wir leben dort und wir kämpfen. Das Wichtigste ist: Wir wollen Öffentlichkeit herstellen und die Menschen bewegen, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Wir sind nicht erfolglos geblieben, nur weil der Bau bisher nicht verhindert werden konnte.

sueddeutsche.de: Das Unternehmen Emsland Frischgeflügel will 40 Millionen Euro investieren. In der näheren Umgebung der Schlachtzentrale sollen 400 neue Mastställe entstehen, 27.000 Hähnchen werden bald pro Stunde geschlachtet. Wie wollen Sie gegen diese Wirtschaftsmacht mobil machen?

Will: Wir wissen, was geplant ist. Jede Sekunde sollen sieben bis acht Hühner sterben. Und wir wissen, welche Folgen alles für die Region haben wird. Die Gülle-Belastung ist enorm, durch den Transport der Hühner und der Abfälle wird die Lebensqualität stark belastet.

sueddeutsche.de: Aber was können Sie ausrichten?

Will: Wir machen die Menschen in der Region auf das Problem aufmerksam und informieren darüber, was vor ihrer Nase passieren soll. Sie sollen darüber nachdenken. Das alles ist legalisierte Tierquälerei.

sueddeutsche.de: Durch den Hähnchen-Highway sollen bis zu 250 Arbeitsplätze entstehen. Haben Sie das bei Ihren Überlegungen zum Protest berücksichtigt?

Will: Die Betreiber versprechen 250 Arbeitsplätze, von denen sind einige Teilzeitjobs und Mini-Jobs. Aber durch den Bau der Anlage werden in der Region auch viele Arbeitsplätze verlorengehen, gerade im Tourismus. Mit dem Bau des Schlachthofs wird es auf keinen Fall mehr Arbeitsplätze geben als vorher.

sueddeutsche.de: Ist Ihr Sommercamp der besonderen Art nur Party oder überwiegt der ernste Hintergrund?

Will: Wir haben uns auf dem Feld eine Infrastruktur aufgebaut, inklusive Küchenhütte, Spülstraße und Kompostklo. Wir organisieren Demonstrationen und Infoveranstaltungen und sind vor Ort. Wir leben selbstorganisiert und versuchen, ohne Hierarchien miteinander zu leben - alles aus dem Grund, weil wir gegen diesen Schlachthof kämpfen wollen. Die Bürgerinitiative gegen den Schlachthof unterstützt uns, wir können dort das Internet nutzen

sueddeutsche.de: Sind die Demonstranten alle Vegetarier?

Will: Größtenteils ja. Einige sind auch Veganer.

sueddeutsche.de: Und Sie backen veganen Kuchen für die Bevölkerung. Warum?

Will: Wir sind sehr offen und freuen uns über Besuch von Menschen aus der Region. Jeden Sonntag bieten wir veganen Kuchen an und laden ein, zu uns zu kommen. Das ist so eine Art offenes Café. Wir wollen die Menschen einladen, mit uns dort zu leben und wir wollen erklären, was wir wollen. Wir sind größtenteils aus tierrechtlichen und ökologischen Gründen gegen den Bau des Schlachthofs - das heißt, wir wollen die Form dieser Tierhaltung nicht unterstützen. Darum leben wir im Camp vegan.

sueddeutsche.de: Wie gewaltbereit ist die Gruppe?

Will: Wir sind nicht an einer Räumung interessiert. Wir sind an gewaltfreien Aktionen interessiert, wir werden keine Gewalt anwenden, aber wir werden uns im Falle einer Räumung nicht freiwillig von dem Gelände fortbewegen. Dabei werden wir keine Menschen verletzen.

sueddeutsche.de: Inwieweit haben Sie sich bereits früher mit dem Thema Massentierhaltung beschäftigt?

Will: Jeder von uns, der auf dem Gelände ist, hat sich schon mit diesem Thema beschäftigt. Viele von uns sind über die Beschäftigung mit dem Thema zum Kampf gegen diese Form der Tierhaltung gekommen.

sueddeutsche.de: Wer kann es sich leisten, über Wochen gegen eine Schlachthanlage zu demonstrieren? Sind Sie alle Schüler und Studenten? Haben sich einige eine Auszeit vom Job genommen?

Will: Wir kommen aus ganz unterschiedlichen Bereichen und es ist ein ständiger Wechsel. Einige haben Verpflichtungen und können nicht über Monate auf dem Gelände bleiben. Viele sind Schüler oder Studenten, teilweise sind es Menschen, die sich gerade ein Jahr Auszeit genommen haben, um andere Dinge zu tun.

sueddeutsche.de: Wie lange bleiben Sie? Bis zum bitteren Ende?

Will: Ja, das werde ich tun.

sueddeutsche.de: Die Gemeinde wird am Schlachthof kräftig mitverdienen, wegen der Gewerbesteuer. Also könnte die Öffentlichkeit ein Interesse am Bau dieser Anlage haben.

Will: Ich habe dafür kein Verständnis. Die Lebensqualität wird sich in dieser Region verschlechtern - und auch die Trinkwasserqualität wird unter dem Ammoniakgehalt aus der Hühnergülle leiden. Außerdem wird es eine ständige Lärmbelastung durch den Hühnertransport per Lkw bei Tag und Nacht geben. Machen wir uns nichts vor: Es ist der Bau einer Anlage zur Tierquälerei.

Cellesche Zeitung

CZ



24-Jähriger will Hähnchen mästen

Rund 420 Mastställe in einem Radius von 150 Kilometer um Wietze braucht die Celler Land Frischgeflügel GmbH, um die volle Kapazität des Schlachthofes zu erreichen. Davon ist die Firma Rothkötter wohl noch weit entfernt. Nur drei Bauanträge zu Mastställen liegen derzeit beim Landkreis Celle zur Bearbeitung. Ein paar weitere Landwirte spielen mit dem Gedanken, in die Hähnchenmast einzusteigen. Einer von ihnen ist Markus Santelmann vom gleichnamigen Spargelhof aus Nordburg in der Samtgemeinde Flotwedel.

NORDBURG. Normalerweise gehen Hähnchenmäster nicht so gerne an die Öffentlichkeit. Schließlich hat man es schnell mit aufgebrachten Bürgern zu tun, die von Massentierhaltung, Fleischkonsum und Hähnchenmast so gar nichts halten. Auf derartige Diskussionen kann daher so mancher Bauer ganz gut – und teilt der Öffentlichkeit deshalb auch nicht mit, warum verzichten die Geflügelmast für Landwirte ein attraktives Betätigungsfeld sein kann.

Bei Markus Santelmann ist das anders. „Wer fragt, bekommt auch eine Antwort“, sagt der kernige und selbstbewusste Mann, der gerade mal 24 Jahre alt ist. Santelmann will demnächst Hähnchen mästen und zwei Ställe für jeweils 40000 Tiere errichten. Zwar sind die Bauanträge noch nicht eingereicht, doch daran dürfte es nicht scheitern. Zwischen Nordburg und Helmerkamp sollen die Ställe gebaut werden. Noch nicht entschieden ist, ob er Rothkötter oder dessen Konkurrent Wiesenhof beliefern wird, Gespräche hat er mit beiden geführt. Es dürfte wohl auf Rothkötter rauslaufen, schon allein der geringen Entfernung nach Wietze wegen.

Die Santelmans sind ein landwirtschaftlicher Familienbetrieb, der bislang vor allem als Spargelproduzent im Celler Ostkreis bekannt ist. Aber auch Milch, Zuckerrüben, Getreide und Heidelbeeren sind im Angebot, sagt Senior-Chef Henning Santelmann. Dass künftig Hähnchen dazukommen, hängt mit der beruflichen Ausbildung des Filius zusammen. „Auf meinen Lehrhof in Stade bin ich mit der Hähnchenmast in Kontakt gekommen. Das ist eine interessante Sache, weil der Ertrag stimmt und es im Vergleich zur Milchviehhaltung keine harte körperliche Arbeit ist“, sagt der 24-Jährige. Als Mäster würde er die ein bis zwei Tage alten Küken aus einer Brüterei bekommen. Zwei Mal am Tag müssen die Ställe kontrolliert werden. Die Fütterung läuft vollautomatisch über Futter- und Tränkebahnen. Nach maximal 42 Tagen kommen die Tiere in den Schlachthof. Der Maststall wird anschließend gesäubert, so dass ein neuer Durchlauf beginnen kann.

Leicht verdientes Geld sei die Mast aber keineswegs, betont Santelmann senior. Ständig werde kontrolliert: die Ställe, das Gewicht der Tiere, das Klima, die Temperatur, die Luft. „Das wird mit größtmöglichem Aufwand betrieben, damit die Verbraucher geschützt werden“, so Henning Santelmann.

Bleiben die enormen Investitionen: Als grobe Annäherung sagen Fachleute, dass ein 40000er-Stall etwa eine halbe Million Euro kostet. Der Nordburger will sich dennoch zunächst nur ein Jahr an einen Schlachthof binden. Wäre es angesichts der hohen Kosten nicht sinnvoller, einen Vertrag über zehn Jahre mit Rothkötter abzuschließen? Das ginge auch, sagt der Jungbauer, doch er ist von dem Produkt überzeugt. „Die Nachfrage nach weißem Fleisch steigt. Außerdem kann ich nach einem Jahr auch den Abnehmer wechseln.“ Klar sei aber, dass die Kosten über einen Zeitraum von 20 Jahren refinanziert werden müssten.

Und wenn etwas Unvorhergesehenes passiert? Der erneute Ausbruch der Vogelgrippe zum Beispiel? Hysterische Medien, die über nichts anderes berichten, als die Gefahren des Erregers und einer möglichen Übertragung auf den Menschen? Was dann, wenn der Konsum einbricht? „Ach“, sagt Santelmann senior mit der Ruhe von zig Jahren Berufserfahrung. „Mit Risiken müssen wir in der Landwirtschaft doch immer leben.“ Mal sei es das Wetter, mal BSE, mal die Schweinepest. Die beiden sind sich sicher, dass die Hähnchenmast trotzdem ein interessanter Betriebszweig sei.

Das allerdings sehen die Schlachthof-Gegner ganz anders.

Autor: Simon Ziegler, geschrieben am: 23.07.2010

Schweriner Volkszeitung

PARCHIM

Pfiffiges Theaterstück als I-Tüpfelchen

14. Juli 2010 | 00:05 Uhr | von Christiane Großmann



Gelungene Premiere: Erleichterung auch bei den Darstellern, die ihren Auftritt rührend meisterten. Christiane Großmann

PARCHIM - So spektakulär, wie das Schuljahr im Herbst vergangenen Jahres mit einer Festwoche zum zehnjährigen Bestehen der evangelischen Grundschule mit Orientierungsstufe "Paulo Freire" in Parchim begonnen hat, so furios ging es auch zu Ende: Der ganze Schulhof glich beim traditionellen Sommerfest kurz vor den Ferien für ein paar Stunden einem fröhlichen Mittelaltermarkt.

Für das I-Tüpfelchen sorgten allerdings die Klassenstufen 5 und 6, die mit einem raffiniert in Szene gesetzten Theaterstück das Publikum regelrecht verzückten. Pfiffig und sympathisch frech in ein modernes Märchen verpackt, bei dem auch das happyend nicht fehlte, erlaubten sich die Jungen und Mädchen eine eigene Meinung zur Landwirtschaftspolitik von Mecklenburg-Vorpommern. **Die Botschaft des Schülerensembles hätte deutlicher nicht herüberkommen können: Die Kinder der Paulo-Freire-Schule stehen auf bäuerliche Landwirtschaft mit weitgehend natürlichen Bedingungen für Mensch und Tier. Hähnchenmastanlagen, in denen Hunderttausende Tiere ihr Dasein fristen, können einfach nicht die Alternative sein!** Die zu Recht umjubelte Premiere ist das Ergebnis einer Projektwoche mit zwei bekannten Autoren, Regisseuren und Illustratoren, die selbst in unserem Bundesland heimisch sind: Bruno Blume und Jacky Gleich gaben den Kindern die Inspiration und die nötigen Freiräume, in denen sie sich selbst als Autoren eines Theaterstückes, als Kulissenbauer, Kostümbildner, als Schauspieler oder Sprecher verwirklichen konnten und so zugleich einen Einblick in den vielseitigen Theaterbetrieb erhielten. Finanziell griffen die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung, das Landesjugendamt sowie der Schulförderverein den jungen Theatermachern mit einer Förderung unter die Arme. Die Fäden für das alljährlich stattfindende bis ins Detail geplante Sommerfest laufen bei den Elternvertretern der orangenen Gruppe zu sammen. Diese Kontinuität hat sich eindeutig bewährt, findet auch Claudia Schabbel. Sie wirkt selbst seit ca. drei Jahren im Schulelternrat mit und hängt monatelang sehr viel Herz an die Vorbereitungen des Schuljahresabschluss-Höhepunktes. So wundert es nicht, dass in ihrem Kopf bereits die

ersten Ideen für das Sommerfest 2011 schwirren, die bereits ab Herbst, wenn das neue Schuljahr beginnt, immer mehr Struktur erhalten sollen. Mit Jakob (10) und Charlotte (9) besuchen zwei ihrer drei Kinder die evangelische Schule. Im nächsten Jahr folgt auch der fünfjährige Anton seinen älteren Geschwistern in die Kreisstadt. Claudia und Peter Schabbel, die mit ihrer Familie in Unter Brütz zwischen Passow und Goldberg zu Hause sind, war es sehr wichtig, dass ihre Kinder ihre Schullaufbahn in einer Einrichtung in freier Trägerschaft beginnen. Dabei scheuten sie vor einiger Zeit auch nicht den vergeblichen Versuch, in ihrer Wohnregion eine Alternativschule zu gründen. An der "Paulo Freire" schätzt die Ergotherapeutin, wie Lehrer und Eltern gemeinsam mit den Aufgaben wachsen würden. Die Elternarbeit bereitet ihr persönlich viel Spaß: "Ich merke, meine Kinder fühlen sich wohl, andere Kinder fühlen sich wohl und es ist für mich eine persönliche Bereicherung, auch immer wieder neue Eltern kennenzulernen", sagt sie. In diesem Sommer wird die evangelische Grundschule elf Jahre jung. Zu Schuljahresbeginn präsentiert sich sie optisch in neuem Gewand. Seit Wochenbeginn laufen die Arbeiten an der Außenfassade. Sie erhält eine Dämmung, Sonnenschutz und einen schicken Farbanstrich.

Ahlener Zeitung

Hähnchenmast-Boom hält an



Schöppingen - Als die Expansionspläne bekannt wurden, waren die Befürchtungen in der Nachbarschaft groß: Baut Christian Berning, Landwirt in der stadtnah gelegenen Bauerschaft Ebbinghoff, seine neuen Hähnchenmastställe - laut Antrag immerhin vier Stück mit jeweils 48 000 Mastplätzen - direkt am Hof? Eine Frage, die der Investor mit einem klaren „Nein“ beantwortet: „Wir haben uns ganz bewusst für einen Standort weit außerhalb entschieden“, so Berning gestern auf Anfrage der WN.

Laut Gesetz hätte er nach eigener Aussage sogar ortsnah am Hof bauen können. Diese Lösung sei aber für ihn nicht infrage gekommen. „Wir wollten Konflikte mit den Nachbarn von vornherein vermeiden“, betont Berning. Also ging er alle Alternativstandorte, die der eigene Grundbesitz zulässt, durch. Nun sollen die vier Ställe samt zugehöriger Infrastruktur in der Bauerschaft Haverbeck westlich der Landstraße nach Metelen in der Nähe der Höfe Olthoff und Ribbers errichtet werden. „Es ist der einzige denkbare Standort, der letztlich übrig geblieben ist“, hofft Berning, dass das Genehmigungsverfahren nunmehr reibungslos über die Bühne geht.

Die Dimension der Mastanlage sucht kreisweit ihresgleichen: Jeder der Ställe hat eine

Größenordnung von 100 mal 21 Metern, hinzu kommen sechs Futtersilos und je Stall ein Flüssiggastank mit einem Inhalt von rund 4800 Litern. Insgesamt hält die Anlage Platz für 192 000 Masthähnchen vor, bei durchschnittlich sechs Mastdurchgängen könnten also rund 1,15 Millionen Tiere jährlich zur Schlachtreife gebracht werden. Die Gesamtinvestitionssumme, die im Raum steht, beträgt rund 1,6 Millionen Euro. Hähnchenmastställe dieser Größenordnung werden nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigt, Herr des Verfahrens ist der Kreis Borken.

Nach Auskunft von Hubert Wewering vom Fachbereich Bauen, Wohnen und Immissionsschutz des Kreises gibt es derzeit im Schöppinger Gemeindegebiet bereits 430 000 genehmigte Plätze für Mastgeflügel. Weitere 316 000 sind beantragt: Neben Berning möchten auch die Holste KG in Heven (84 000) und der Landwirt Schulze-Ameling in Gemen (40 000) Hähnchenmastställe errichten.

„Der Trend geht eindeutig zu immer größeren Einheiten“, gibt Wewering seine Erfahrungen aus der Genehmigungspraxis der jüngsten Vergangenheit wieder. Allerdings, so Wewering weiter, sei eine Größenordnung wie im Fall Berning „auch für uns neu“.

Scheinbar grenzenloses Wachstum in der Landwirtschaft? Investor Christian Berning führt dafür ökonomische Gründe an: „Was nützt es mir, wenn ich in fünf Jahren feststelle, dass die Anlage zu klein ist, und ich wiederum Gutachter kommen lassen und ein kompliziertes Genehmigungsverfahren durchlaufen muss?“, fragt der Landwirt, der für die Zukunft „ganz und gar auf die Hähnchenmast“ setzen will. Er möchte vor allem zukunftsicher investieren - und plant daher lieber von vornherein groß. Apropos zukunftsicher: Die Mastanlage soll nach Aussage Bernings so ausgelegt werden, dass später moderne Ablufttechnik problemlos nachgerüstet werden kann.

Der Investor hofft, dass er noch in diesem Jahr mit dem Bau der Ställe beginnen kann. Dazu muss aber zunächst das Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz durchlaufen werden. Dieses sieht auch eine öffentliche Bekanntmachung des Antrags vor. Dementsprechend liegen die Unterlagen noch bis zum 2. August im Rathaus, Zimmer 11, während der Öffnungszeiten zur Einsichtnahme aus. Danach können etwaige Anregungen und Bedenken bis zum 16. August vorgebracht werden, bevor anschließend ein Erörterungstermin stattfindet. Dieser ist für den 16. September terminiert. Nach den vorliegenden Antragsunterlagen, so betonte Wewering, sei die Anlage „grundsätzlich genehmigungsfähig“.

VON [RALPH SCHIPPERS](#), GRONAU , 06 · 07 · 10

Bocholter-Borkener Volksblatt

HÄHNCHENMAST_

90 Einwendungen gegen geplante Anlagen in Recke-Langenacker



In der Nähe des Landgasthofs Neumeister und der Reithalle will ein Antragsteller zwei Mastställe für jeweils 40000 Hähnchen bauen. Dagegen wehren sich die Nachbarn massiv. Bisher gibt es 90 Einwendungen.

(Foto: Heinrich Weßling)

Recke. Rund 90 Einwendungen hat es gegen zwei geplante Mastställe à 40.000 Hähnchen in Langenacker gegeben. Am Freitag waren rund 30 Einwender zum Erörterungstermin auf Einladung des Kreises Steinfurt ins Rathaus der Gemeinde Recke gekommen, um dort ihre Sorgen und Nöte vorzutragen.

Unter ihnen war beispielsweise Gastwirt Rainer Waerder vom Gasthof Neumeister, der erklärte, die Ansiedlung der Hähnchenmastställe bedrohe den Landgasthof in seiner Existenz.

Rainer Seidl, Vertreter der ANTL, unterstrich, der geplante Betrieb gefährde das Recker Moor (siehe Zum Thema). Dieses liege in der Hauptwindrichtung des Betriebes. Besonderen Kummer bereite den Naturschützern die Stickstoffemission. Unterstützung bekam Seidl von Regina Becker vom Landesbüro der Naturschutzverbände in NRW. Zudem äußerten selbst Landwirte Bedenken, ihre eigene Entwicklung werde durch eine solche Ansiedlung behindert werde. Der Antragsteller sei kein Landwirt.

Die Veranstaltung wurde von Dr. Rolf Winters, Sachgebietsleiter Immissionsschutz des Kreises geleitet. Er hatte klar gemacht, dass der Antragsteller ein Recht auf Genehmigung habe, wenn er alle Vorgaben erfülle. Er habe zwar Verständnis für die Sorgen der Einwender. Letztlich entscheide der Kreis aber nach den gesetzlichen Vorgaben.

Zunächst wurde während des Erörterungstermins lange über die Geruchsemissionen diskutiert. Während Menschen in Siedlungsbereichen an zehn Prozent der Tage eines Jahres eine Geruchsbelästigung hinnehmen müssen, ist das im Außenbereich an 25 Prozent der Tage der Fall, hatte Winters erläutert. Das wollen die Nachbarn allerdings nicht hinnehmen. Da während der Versammlung nicht geklärt werden konnte, wie groß die Geruchsbelästigung wirklich ist, ordnete Winters ein Geruchsgutachten an. Dieses muss nun abgewartet werden.

Einige der Anwesenden machten sich zudem Sorgen um ihre Gesundheit durch Belästigungen wie Geruch, Federn, Staub und Aerosole (Staubpartikel oder winzige Tröpfchen, an denen Bakterien haften können). Zudem befürchteten einige, ihr Grundstück werde durch die Mastställe entwertet oder in ihrem Wert gemindert.

Problematisch fanden die Einwender auch den Lkw-Verkehr. Der werde zunehmen. An der Straße am Wall sei kein Radweg und kein Fußweg. Zudem führen dort schon jetzt Lkw wegen eines gewerblichen Betriebes. Laut Winters sei allerdings nicht mit einer signifikanten

Erhöhung des Verkehrs zu rechnen.

Der Antragsteller muss aber eine neue Zufahrt zu dem geplanten Betrieb anlegen. Diese Straße müsse so gebaut werden, dass Lkw-Begegnungsverkehr möglich sei.

Zudem muss er noch einige weitere Fragen klären, beispielsweise wie der Mist entsorgt wird. Zudem gibt es noch kein Brandschutzkonzept und die Löschwasserversorgung sei nicht gewährleistet. Auch die Entsorgung des Abwassers muss noch nachgewiesen werden.

VON [SABINE PLAKE](#), IBBENBÜREN , 12 · 07 · 10

Ldw. Wochenblatt Westfalen-Lippe 29/2010

AKTUELLES

Geflügelland Emsland



Im Geflügelbereich wird kräftig investiert. Neueinsteiger starten oft mit zwei Ställen. Foto: Waterloh

Über 50 % der deutschen Masthähnchen werden in Niedersachsen gemästet, die Hälfte davon im Emsland. Mittlerweile gibt es im Emsland 32 Mio. Hähnchenplätze, damit können rund 50 % des gesamten Hähnchenfleischverzehrs in der Bundesrepublik abgedeckt werden.

Seit dem sich das emsländische Unternehmen Rothkötter dem Geschäft mit den Masthähnchen verschrieben hat, schrauben sich die Tierzahlen im Emsland in immer weitere Höhen. Mittlerweile werden bei der Emsland Frischgeflügel GmbH in Haren-Hüntel, die 2003 die erste Schlachtlinie in Betrieb nahm, 400.000 Hähnchen pro Tag geschlachtet. Rund 190 Mäster sind unter Vertrag, 65 % davon aus den Kreisen Emsland und Cloppenburg.

Gleichzeitiger Bau mehrerer Ställe

Und es gibt immer noch Neueinsteiger. Während die Bestandesgrößen im Mittel insgesamt bislang bei 40.000 Plätzen liegen, werden jetzt teilweise schon auf den Betrieben zwei bis

acht Ställe mit jeweils 50.000 Plätzen und mehr gebaut.

Allerdings liegt der Selbstversorgungsgrad mit Hähnchenfleisch nach Angaben der Organisation Marktinfo Eier & Geflügel (MEG) in Deutschland mittlerweile bei über 105 %. Das Kapazitätswachstum übersteigt mittlerweile das Nachfragewachstum und so muss Fleisch zu einer geringeren Marge auch auf Drittlandsmärkten abgesetzt werden.

Flächen werden knapp und teuer

Zudem fehlen Flächen zur Entsorgung, denn die rund 140 Biogasanlagen in der Grafschaft Bentheim und dem Emsland binden mittlerweile mit rund 34.000 ha schon halb so viel Fläche wie die Geflügelhaltung. Nach Berechnungen der Landwirtschaftskammer fehlen im Emsland schon jetzt 62.000 ha für die Entsorgung von Gülle und Gärresten. Dies hat bereits zu einem Anstieg der Bodenpreise geführt. Flächen mit durchschnittlich 35 Bodenpunkten würden mittlerweile im Emsland mit bis zu 4 €/m² gehandelt, so Arnold Krämer, Leiter der Bezirksstelle Emsland der Landwirtschaftskammer Niedersachsen. *Birgit Waterloh*

Einen ausführlichen Bericht zur Geflügelhaltung im Emsland lesen Sie in Wochenblatt-Folge 29/2010 ab S. 35.

DDP

20.7.2010

Kupfer wirbt für Ausbau der Tierproduktion

Minister macht Tour durch landwirtschaftliche Betriebe in Sachsen



Foto: ddp

Dresden (ddp-lsc). Mit schnellen Handgriffen schraubt Agrarminister Frank Kupfer (CDU) ein Schild mit einer Auszeichnung für vorbildliche Haltung an das Tor der Hähnchenmastanlage in Skäßchen. Es ist eine von vier Stationen seiner Tour durch die sächsische Landwirtschaft, auf der der Minister am Dienstag für den Ausbau der Tierproduktion wirbt. Zwei Drittel der rund 7000 Agrarbetriebe im Freistaat widmen sich der Tierhaltung, aus Sicht von Kupfer sind das zu wenig. Die Erzeugung von Milch, Eiern, Rind- und Schweinefleisch sichere die Existenz von Betrieben und sei "der wichtigste Arbeitgeber im ländlichen Raum", sagt der CDU-Politiker.

Die Hähnchenmastanlage im Großenhainer Ortsteil Skäßchen hat fast 40 000 Mastplätze und soll weiter wachsen. Bis Ende 2011 will der Niederländer Marco Steinz die Anlage auf eine Viertel Million Plätze erweitern. Ein neuer Stall ist bereits im Bau.

In dem Wettbewerb um tiergerechte und umweltverträgliche Haltung von Geflügel des Agrarministeriums neben Steinz zwei weitere Tierhalter ausgezeichnet, lediglich vier hatten sich beworben. In der Schweineproduktion ist die Situation ähnlich. Dies zeigt ein weiteres Anliegen des Ministers auf, denn von vielen Tierproduzenten wird die Öffentlichkeit offenbar noch gescheut.

Die Sensibilität der Bevölkerung für die Landwirtschaft und dafür, wie Lebensmittel hergestellt werden, ist nach Einschätzung von Kupfer auf dem Nullpunkt. Deshalb will er Landwirte ermutigen, die Türen ihrer Höfe zu öffnen, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, sie hätten etwas zu verbergen. Kupfer verweist auf die hohen Standards für die Tierhaltung, deren Einhaltung durch ein dichtes Kontrollsystem überwacht werde.

Vorstellungen von vermeintlich glücklichen Hühnern, die auf einem Hof im Mist scharren, sind nach Kupfers Worten längst überholt. Überzeugt sagt er: "Tierhaltung in größeren Beständen ist in Sachsen art-, tier- und umweltgerecht." Das Wort Massentierhaltung will er erst gar nicht verwenden, weil der Begriff zu wertend sei. In den Stall von Marco Steinz kann Kupfer an diesem Tag aber keinen Blick werfen. Kurz bevor die Hähnchen zum Schlachten gebracht werden, brauchen sie Ruhe, erläutert der Besitzer.

Auch im Schweinemaststall Bieberach mit 4000 Mastschweinen ist für die Besuchergruppe nur ein Blick durch ein geöffnetes Stallfenster möglich. Die Ställe, in denen die Tiere auf sogenannten Spaltenböden gehalten werden, sollen keimfrei bleiben. Besitzer Martin Steinbach will seine Anlage ebenfalls ausbauen, er agiere nach dem Motto "wachsen oder weichen". Geplant sind weitere 3600 Ferkelaufzuchtplätze und 2000 Mastplätze. In der Gemeinde sei die Anlage akzeptiert, nicht zuletzt weil es an dem Standort bereits seit rund 50 Jahren Schweinezucht gibt.

Fast beschaulich geht es dagegen im Landwirtschaftsbetrieb von Petra Heppner in Wildenhain zu, als sie durch ihre Stallanlage führt. Als einer von rund 500 Direktvermarktern in Sachsen hält der Familienbetrieb 90 Rinder und 40 Schweine. "Es läuft eigentlich recht gut", sagt die 49-Jährige. Nach einem Eier-Geschmackstest und einem deftigen Imbiss geht die Tour für Kupfer weiter zum Milchhof Diera in Diera-Zehren mit 1000 Milchkühen. Auch hier wird Selbstbewusstsein demonstriert. Zwei weitere Ställe mit 1500 bis 1700 Kühen sind geplant.

Zum Abschluss der Tour wird auf einem Feld demonstriert, wie Gülle ausgebracht wird - angeblich ohne Geruchsbelästigung. Etwas Gestank liegt dann doch in der Luft. Aber das verfliege schnell wieder, versichern die Landwirte.

ddp

KLE-point

Brief von B`90/DIE GRÜNEN an den Landrat bzgl. Massentierhaltung in Kevelaer und Weeze

20. Juli 2010

Kleve

veröffentlicht am: 20. Juli 2010 um 14:08:59

KREIS KLEVE, Nachfolgend finden Sie einen Brief an den Landrat des Kreises Kleve in dem er aufgefordert wird, den geplanten Ausbau zweier Anlagen zur Hähnchenmast in Kevelaer und Weeze zu stoppen.

An den
Landrat des Kreises Kleve
Herrn Wolfgang Spreen

Im Hause
Kleve, den 20. Juli 2010

Stoppen Sie den Ausbau der Massentierhaltung im Kreis Kleve

Sehr geehrter Herr Spreen,

einer öffentlichen Bekanntmachung vom 19.07.2010 in der Rheinischen Post und NRZ konnten wir entnehmen, dass große Anlagen zur Hähnchenmast in Kevelaer und Weeze beantragt werden. In Kevelaer sollen mehrere Hallen für die Tiermast entstehen, mit dem Ziel die Mastplätze für bis zu 124.000 Tieren aufzustocken, das bedeutet eine Verdreifachung des derzeitigen Tierbestandes. In Weeze sollen 81.000 „Plätze“ entstehen.

Von diesen Formen der industrialisierten Tiermast gehen erhebliche Gefährdungen für die dort wohnenden Menschen und für die Umwelt aus. Wir fordern die Kreisverwaltung auf, die Interessen seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Der Kreis Kleve darf nicht Standort für derart tierquälerische Praktiken sein.

Es ist befremdlich, dass die Offenlage in den Ferien stattfindet. Die Bürgerinnen und Bürger können ihre Rechte nicht wahrnehmen, wenn sie sich im Urlaub befinden. Sollte durch die Wahl des Zeitraumes der Auslegung dieser Effekt erreicht werden?

Eine Privilegierung nach § 35, BauGB für die geplanten Vorhaben begünstigt die Interessen des Antragstellers. Es stellt sich die Frage, ob § 35 (1) Nr. 4 BauGB zutrifft und die „Anlage“ nicht eher in ein Gewerbegebiet gehört?

Die direkten Auswirkungen auf die Wohnbevölkerung sind Geruchsbelästigungen, Ansteigen der Ammoniakkonzentrationen und die Möglichkeit der Übertragung von Krankheitserregern durch Fliegen. Zusätzlich sind die Böden im Kreis Kleve durch die Gülleimporte und das Verbringen von kompostartigen Abfällen (aus den Niederlanden) schon hoch belastet. Auch die anhaltend hohen Nitratwerte im Grundwasser bedrohen diese wertvolle Ressource.

Sehr geehrter Herr Landrat,

wir bitten Sie, den Bürgerinnen und Bürgern umfassende Beratung und Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Interessen im Verwaltungsverfahren zukommen zu lassen. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie alle Ihre rechtmäßigen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Planungen zu verhindern.

Wir beantragen, das Thema Massentierhaltung und deren planerische Steuerung in der nächsten Sitzung des Umweltausschusses des Kreises Kleve beraten zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ute Sickelmann i.A. Norbert Panek
Fraktionsvorsitzende Fraktionsgeschäftsführer

Nordkurier

Nordkurier - Demminer Zeitung

Artikel vom 19.07.2010

Noch keine Einigung über Sauenzucht

Alt Tellin/Neubrandenburg (sth). Für die in der Gemeinde Alt Tellin geplante große Schweinezuchtanlage gibt es bisher kein grünes Licht. Das erklärte Christa Maruschke, Leiterin des zuständigen Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt (StALU) „Mecklenburgische Seenplatte“ in Neubrandenburg. „Das Genehmigungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen“, stellte sie auf Anfrage klar.

Die Schweinezucht Alt Tellin GmbH mit Sitz in Gladau hat einen Antrag zur Errichtung und zum Betrieb einer Anlage zum Halten von rund 10 000 Sauen einschließlich dazugehöriger Absatzferkel sowie einer Biogasanlage gestellt. Das Vorhaben gilt als äußerst umstritten und zumindest in der betroffenen Region ohne Mehrheit in der Bevölkerung. Allerdings war bei der StALU-Chefin herauszuhören, dass die Entscheidung ihrer Behörde zu dem Großprojekt wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen dürfte, auch wenn sie gestern jegliche Termin-Nennung vermied. „Da möchte ich mich nicht weiter zu äußern.“

 [Mehr Nachrichten aus Demmin >>](#)

[Fenster schließen](#)

© Nordkurier.de am 19.07.2010

Quelle: az-online.de vom 15.07.2010
Rubrik: Salzwedel

Prüfwerte mit Stempel: "Regenwasser ist das nicht"



Petra Hennigs und Christian Starck von der Bürgerinitiative in Binde hatten einen Abfluss von der Schweinemastanlage untersuchen lassen. Foto: Güssefeld

Von Harry Güssefeld

BINDE. Eigentlich sollte es Regenwasser sein, welches vom Gelände der Binder Schweinemastanlage in den Flötgraben fließt. Doch Untersuchungen haben ergeben, dass das Wasser stark belastet ist. Die BI fordert weitere Untersuchungen.

Das Wasser, das eigentlich Regenwasser sein soll und vom Gelände der Schweinemastanlage in Binde in den Flötgraben fließt, ist belastet. Das ergab eine Untersuchung, die Petra Hennigs und Christian Starck von der Bürgerinitiative Binde in Auftrag gaben. Im Vergleich zu normalem Regenwasser (Trinkwasser) weist die Flüssigkeit erhöhte Werte an Ammonium, Phosphat und Eisen auf. Das von der VSR Gewässerschutz in Geldern vorliegende Material spreche eine klare Sprache, so die beiden Aktivisten von der BI in dem Arendseer Ortsteil.

"Wir haben die klare Aussage aus dem Umweltamt des Altmarkkreises, dass eine Genehmigung allein für das Einleiten von Regenwasser vorliegt", so Petra Hennigs. Doch beim Vorort-Termin am 29. Mai, als beide die Proben nahmen, mussten sie auch feststellen, dass das Abwasser "abscheulich stinkt". "Wir können nicht definieren, was es wirklich ist.

Die Vermutung, es sei Gülle, steht im Raum. Aber diese Untersuchungen sollten nun die Ämter führen", so die Aktivistin. Man habe den Beweis, dass es sich nicht um Regenwasser handelt. In dem Fall hatte eine Mitarbeiterin aus dem Umweltamt gebeten, umgehend benachrichtigt zu werden. "Das haben wir getan. Die Kollegin hat zwar Urlaub, aber ihre Vertretung weiß Bescheid", so Petra Hennigs.

"Wir fordern die Verantwortlichen auf, zu prüfen, was dort in den Graben fließt", erklärten die beiden BI-Mitglieder. Sollte tatsächlich etwas anderes eingeleitet werden als Regenwasser, müsse der Verursacher zur Verantwortung gezogen werden. Der Altmarkkreis sei gefordert. Doch immer wieder spüre die BI, dass Behörden ihre Anliegen halbherzig oder nicht bearbeiten. Auf jeden Fall solle das aus dem Rohr fließende Abwasser weiter untersucht werden. "Der Flötgraben und alle nachfolgenden Wasserläufe werden in Mitleidenschaft gezogen", so Christian Starck. Und das wolle man verhindern.

Nordkurier - Müritz-Zeitung

Artikel vom 20.07.2010

Gemeinde bejaht Hennenfarm Grabow-Below

(nre). Die Gemeindevertreter aus Grabow-Below haben ihr Einverständnis für den Bau einer Bio-Legehennenfarm in der Gemeinde gegeben. Das sagte Grabow-Belows Bürgermeister Ilgen Wegener (parteilos) auf Nordkurier-Anfrage. "Das Ergebnis der Abstimmung auf der jüngsten Sitzung der Gewählten war einstimmig", so das Gemeindeoberhaupt. In der vorausgegangenen Aussprache habe es keine nennenswerten Einwände mehr gegen das Vorhaben gegeben, sagte Wegener weiter. Errichtet werden soll in Grabow-Below eine Hennenfarm für 30 000 Tiere. Bauherr ist das Unternehmen "Biogeflügelhof Lärz", daran als Investoren sind Georg Meyer und Heinrich Tiemann beteiligt, die im Landkreis bereits mehrere solcher Anlagen unterhalten oder planen, wenngleich auch unter anderen Firmenbezeichnungen. So in Wildkuhl und Neukrug, wo eine ähnliche Farm im August ihren Betrieb aufnimmt (der Nordkurier berichtete). Nachdem Anfang des Jahres erste Pläne zu dem Vorhaben in Grabow-Below bekannt geworden waren, hatte es Proteste aus der Bevölkerung gegeben. Vor allem wurde die Lage der geplanten Anlage im Bereich des Ortseingangs moniert. Einwohner fürchteten eine Wertminderung ihrer Immobilien, eine Geruchsbelästigung sowie Allergien. Der Kritik ausgesetzt, gaben die Bauherren nach und kauften eine Fläche, die nach Auskunft von Ilgen Wegener nun nicht mehr so nah an den Ort heranreiche. Wie das Unternehmen "Biogeflügelhof Lärz" mitteilte, wurde der Bauantrag für die Anlage eingereicht, aber noch nicht genehmigt.

 [Beitrag drucken](#)

GENERALANZEIGER

Jümme

Jümme will Landwirtschaft unter die Lupe nehmen

VON SEBASTIAN BETE

20. Juli 2010

Die Samtgemeinde plant eine Strukturanalyse. Detern und Nortmoor haben für das Vorhaben bereits grünes Licht gegeben. Die Filsumer Ratsmitglieder wollen in ihrer nächsten Sitzung darüber beraten. Ziel ist es auch, zu überprüfen, wie man große Ställe für Legehennen und Enten in Zukunft steuern kann.

Jümme - Eines ist Wiard Voß bei dieser Sache ganz wichtig. "Wir wollen mit der Landwirtschaft zusammenarbeiten und nicht gegen sie", sagt der Bürgermeister der Samtgemeinde Jümme. Voß spricht über eine geplante Strukturanalyse der Landwirtschaft in der Samtgemeinde. Heißt: Es soll geschaut werden, in welche Richtungen sich die Landwirte entwickeln wollen. "Die Betriebe sollen unter anderem befragt werden, wie ihre Strukturen sind, ob die Nachfolge geregelt und was in den nächsten Jahren geplant ist", sagt Voß.

Nachdem die Gemeinde Detern schon grünes Licht für eine mögliche Analyse gegeben hatte, stimmte jetzt auch der Rat in Nortmoor dem Plan zu. In Filsum sollen die Mitglieder des Rates in ihrer nächsten Sitzung über das Vorhaben beraten. Die Kosten für jede Gemeinde liegen nach einem Angebot einer Planungsgesellschaft aus Oldenburg bei rund 3650 Euro. "Falls Filsum sich gegen die Analyse entscheidet, muss man schauen, was vielleicht in den einzelnen Gemeinden getan werden kann", sagt der Verwaltungschef.

Ziel der Samtgemeinde ist es auch, zu schauen, wie man große Ställe für Legehennen und Enten in Zukunft planerisch steuern kann. Denn mittlerweile gibt es in der Samtgemeinde Jümme zwei genehmigte Anlagen für 29 000 Pekingenten (Detern-Barge) und rund 12 000 Biolegehennen (Filsum), zwei weitere Projekte für 28 800 Hennen in Detern-Barge und 20 000 Hennen in Detern sind in der Planungs- und Genehmigungsphase.

Ditzumer Warpen

Gerold Foget will zwei Hähnchen-Mastställe bauen

VON MICHAEL MITTMANN

1. Juli 2010

Die Anlage in Ditzumer Warpen ist für 80 000 Tiere geplant und kostet rund 1,2 Millionen Euro. Foget will sich damit ein zweites Standbein schaffen. In der Milchwirtschaft seien die Expansionsmöglichkeiten begrenzt.



Nicht weit entfernt von der Pogumer Straße soll die neue Anlage gebaut werden. Bild: Mittmann

Ditzumer Warpen - Landwirt Gerold Foget aus Ditzumer Warpen in Dyksterhusen plant den Bau von zwei Hähnchen-Mastställen für jeweils 40 000 Tiere. Zurzeit läuft das Genehmigungsverfahren für das Vorhaben. Die Antragsunterlagen liegen seit Montag im Rathaus der Gemeinde Jemgum und beim Landkreis aus und können dort von jedermann eingesehen werden.

Rund 1,2 Millionen Euro will Foget investieren, um sich ein zweites Standbein zuzulegen. In der Milchwirtschaft sehe er keine Möglichkeit mehr, weiter zu expandieren, sagte eram Dienstag auf Nachfrage. Angesichts der zahlreichen umliegenden Betriebe, die alle weitermachen wollten, sowie der Nähe von Ems und Dollart seien Weideflächen knapp. "Ich habe gar keine andere Wahl", so der Landwirt.

Beeinträchtigungen für die Umwelt sieht Foget durch sein Vorhaben nicht. Geruchsbelästigungen seien nicht zu befürchten, weil der Mist der Tiere nicht auf Felder oder Weiden ausgebracht, sondern abtransportiert werde. Im Übrigen funktioniere die Sache im Emsland und im Cloppenburger Raum ja auch. Grundsätzlich handele es sich, ähnlich wie beim Bau von Windkraft-Anlagen, um ein privilegiertes Vorhaben, so Landkreis-Pressesprecher Jens Stöter. "Das bedeutet aber nicht, dass es zwangsläufig genehmigt werden muss." Sprächen öffentliche Belange wie Naturschutz dagegen, könnte die Sache auch abgelehnt werden. In diesem Fall seien die Voraussetzungen aber gut, sagt Stöter. Das habe sich in den Besprechungen vorab ergeben. Andernfalls hätte man dem Antragsteller, der teure Gutachten bezahlen muss, zu verstehen gegeben, dass sein Antrag wenig Aussicht auf Erfolg habe, sagt der Pressesprecher des Landkreises.

Radio Bonn

Odendorfer fürchten Hühnerfarm in Euskirchen

radiobonn.de -

Die geplante Haltung von rund 260.000 **Legehennen** auf einem Hof in Euskirchen-Kuchenheim würde Geruchsbelästigung mit sich bringen, befürchten sie. ...

KREISZEITUNG

Landwirt Dr. Lüdemann stellt Antrag für Betrieb an Feldstraße / Gemeinde fordert Unterlagen zum Emissionsschutz nach Projekt Biogasanlage stinkt Rat erstmal

002.07.10|[LangwedelFacebook](#)

Daverden - (mm) · Schlachtabfälle, die andernorts mitunter der Energieerzeugung dienen und der Bevölkerung stinken, sollen in Daverden nicht verfeuert werden. Dennoch sorgt das Ansinnen von Landwirt und Tierarzt Dr. Rudolf Lüdemann, an der Feldstraße eine Biogasanlage zu errichten, für Naserümpfen. Der Gemeinderat mochte dem vom Bundesgesetzgeber „privilegierten Vorhaben“ im sogenannten Außenbereich nicht so ohne weiteres zustimmen.



Hinter seinem Schweinemaststall an der Kreisstraße 9 will Rudolf Lüdemann eine Biogasanlage errichten, die mit nachwachsenden Rohstoffen, vor allem Mais, und Schweinegülle befeuert werden soll. Erst vor kurzem war der Landwirt, Tierarzt und

Unternehmer mit dem Vorhaben, in Völkersen großflächig Sandabbau zu betreiben, bei der Gemeinde abgeblitzt.

In ihrer letzten Sitzung vor den Ferien befasste sich die Runde mit Lüdemanns Antrag an den Flecken Langwedel. Gleich hinter seinem Schweinemaststall an der Kreisstraße 9 zwischen dem Gewerbegebiet und den Sandabbaugruben nahe der Autobahnraststätte will das frühere CDU-Ratsmitglied eine 500-Kilowatt-Anlage betreiben, die mit Schweinegülle und nachwachsenden Rohstoffen aus eigenem Anbau befeuert werden soll. Lüdemann verfügt über beachtliche landwirtschaftliche Flächen und hat vor, große Maisplantagen zu schaffen.

Den Antragsunterlagen ist weiter zu entnehmen, dass 24 Tonnen Mais- und auch Roggensilage sowie zwölf Tonnen Schweinegülle täglich zu Biogas umgesetzt werden sollen. Diese Energie will der Agrarunternehmer dann ins öffentliche Versorgungsnetz einspeisen.

Doch der Rat hat nun erstmal die Stopptaste gedrückt und dem Vorhaben zunächst das „Einvernehmen der Gemeinde versagt“. Mehrere Kritikpunkte und offene Fragen sind aus Sicht der in der Gemeinde Verantwortlichen noch zu klären.

Zwar seien die nächsten Wohnhäuser von dem vorgesehenen Standort der Biogasanlage auf dem Maststall-Grundstück Hunderte Meter entfernt, doch bei der Verbrennung und Vergärung der eingebrachten Stoffe, insbesondere der Gülle, entstünden „Gerüche in erheblichem Umfang“, weiß Bauamtsleiter Frank Bethge. Deshalb hat der Rat von Lüdemann Unterlagen zum Emissionsschutz nachgefordert. Um Daten und Fakten dazu liefern zu können, habe der Daverdener Landwirt inzwischen ein Gutachten in Auftrag gegeben, berichtete Bethge auf Nachfrage.

Ein weiterer Haken bei der beabsichtigten Biogasanlage sei, dass diese genauso wie der bereits bestehende Maststall auf dem Erweiterungsareal für das Gewerbegebiet platziert werden soll, bemängelt der Bauamtsleiter. „Es handelt sich dabei um gewerbliche Baufläche, die im Flächennutzungsplan abgesichert ist.“

TAZ

20.07.2010

Argentinische Landwirtschaft

Das Gift in der Lunge

Der Sojaanbau boomt im Direktsaatverfahren. Das nur mithilfe des Herbizids Glyphosat möglich ist. Ein Allesvernichter. Die Asthma-Erkrankungen häufen sich. Eine Geschichte aus San Jorge. VON JÜRGEN VOGT



Viviana Peralta kämpft für ihre Tochter Ailén. Foto: vogt

SAN JORGE *taz* | Wo der Asphalt auf den Straßen in Lehm übergeht, beginnt das Barrio Urquiza. Die Häuser stehen vereinzelt, Wasche hängt auf den Leinen, Pferde und Esel grasen. "Un barrio humilde", ein bescheidenes Stadtviertel am Rand der Kleinstadt San Jorge in der argentinischen Provinz Santa Fe. Ganz am Ende wohnen die Peraltas. Auf den Wasseranschluss warten sie noch immer, der an die Kanalisation ist vorhanden.

Nesthäkchen Ailén feiert bald den dritten Geburtstag. Wenn der kleine Blondschoopf tief Luft holt, diese anhält und mit vollen Backen wieder ausbläst, strahlt das Gesicht von Mutter Viviana Peralta. "Sie muss nur noch einmal pro Tag inhalieren", sagt Viviana Peralta, "weil drüben nicht mehr gesprüht wird."

"Drüben", das ist die andere Seite der Straße. Hier beginnen die Felder, auf denen jahrelang Soja gepflanzt wurde. Zwei Erntezyklen im Jahr. Pro Zyklus kamen die Sprühfahrzeuge mindestens dreimal. Nicht selten wurde aus der Luft gesprüht. Einmal war Viviana Peralta auf das Feld gegenüber gerannt, hatte Erdbrocken geworfen, das riesige Sprühfahrzeug aufzuhalten versucht. Verzweiflung, Wut, Todesangst um ihre kleine Tochter.

Sojaanbau in Argentinien

Soja: Argentinien ist der weltweit drittgrößte Sojabohnenproduzent und -exporteur. Angepflanzt wird fast ausschließlich genverändertes Saatgut. Über 90 Prozent der Ernte - 54 Millionen Tonnen - gehen in den Export nach China, Indien und in die EU. Beim gegenwärtigen Weltmarktpreis von rund 370 US-Dollar pro Tonne Sojabohnen stellt sie einen Wert von fast 20 Milliarden Dollar dar; davon fließen 7 Milliarden als Exportsteuer in den Staatshaushalt.

Glyphosat: "Siembra directa", Direktaussaat, heißt die Zauberformel für den Aufstieg der kleinen Proteinkügelchen. Ohne die Ackerfläche umzupflügen, pflanzt man das Saatgut unmittelbar in den Boden. Das spart Wasser und vor allem Arbeitskräfte. Allerdings muss die Anbaufläche bis zu dreimal "gereinigt" werden. Dafür sorgt das Glyphosat. Während das Herbizid alles andere ratzekahl vernichtet, ist das genetisch veränderte Sojasaatgut resistent.

In der Wohnküche ist ein Kommen und Gehen. Sechs Kinder hat die Familie Peralta. Ailén ist die Jüngste. Als sie sechs Monate alt war, mussten die Eltern mit ihr Hals über Kopf in die

Provinzhauptstadt fahren. "Sie wäre uns fast erstickt." Drei Tage hing Ailén im Kinderkrankenhaus an der Sauerstoffflasche.

"Zum Glück mussten die Ärzte den Luftröhrenschnitt dann doch nicht machen." Die Mutter betrachtet die Schere, legt sie beiseite. "Ailén hatte etwas, wofür die Ärzte keinen Namen hatten." Immer wieder habe sie sich gefragt: Was lässt sie nicht atmen? Was ist das? Und eines Tages machte es "klick": "Die sprühen wieder. Das ist es."

"Der Arzt hat damals gesagt: ‚Einigen Sie sich mit dem Grundbesitzer, der soll Ihnen ein Haus im Zentrum kaufen.‘" Jetzt klopft die Faust auf den Tisch. "Das hier ist unser Haus. Wir sind die Eigentümer unserer Häuser, unserer Gesundheit. Ich will nicht, dass der Grundbesitzer gegenüber vor unserem Haus sprüht."

Sinkende Geburtenrate

San Jorge ist eine Kleinstadt in der Provinz Santa Fe. 25.000 Menschen leben hier. Nach dem landestypischen Schachbrettmuster gebaut, streckt sich die Stadt von der Plaza San Martín im Zentrum in alle vier Himmelsrichtungen aus. Drum herum Sojafelder.

"Es ist offen", ruft Fabiana Gómez und sortiert weiter die neue Lieferung Strampelanzüge. Ihren kleinen Laden "Fürs Baby, bis es laufen kann" hat sie vor vier Jahren nach der Geburt ihres Sohnes eröffnet. Der Kleine ist gesund und munter, aber mit einem Geschwisterchen will es nicht klappen. "Als wir beim Arzt in Rosario waren, hat der meinen Mann zuerst gefragt, ob er in der Landwirtschaft arbeitet." Die Wahrscheinlichkeit, dass sein Spermium wegen der Agrochemikalien an Zeugungskraft verliere, sei gegeben. Ihr Mann sei beileibe kein Einzelfall in der Region. Einschlägige Untersuchungen gibt es keine, aber Erfahrungen sammelt der Arzt in Rosario schon. Jetzt warten die Gómez auf das Resultat.

"Hier im Laden kommt man ja leicht ins Gespräch unter Frauen. Ich höre immer häufiger, dass es mit dem Kinderkriegen nicht klappt." Zudem ist die Zahl der Zwillingsgeburten gestiegen, was auf Nachhilfe schließen lässt. Gomez hat von ihrem Hausarzt die Einnahme von Vitamin C empfohlen bekommen. "Ich kann zwar die Ladentür offen lassen, so sicher ist San Jorge, aber die Agrochemie findet man in der ganzen Stadt."

Zwei Straßen weiter hat Susana Manzano ihre Praxis. Die Biochemikerin führt Blutuntersuchungen durch. "Statistisch gesehen sterben wir in San Jorge alle an Atemstillstand. Aber die Ursachen dafür findet man nicht in der Statistik", sagt sie. Obwohl die Krebserkrankungen zunehmen und immer mehr junge Männer an Unfruchtbarkeit leiden. "Das sind alles Beobachtungen, wissenschaftliche Beweise oder Untersuchungen gibt es keine." 2000 ist für Manzano das entscheidende Jahr. Davor gab es wenig Soja und kaum Glyphosat. Dann begann der Sojaboom. "Es muss einen Zusammenhang geben", schließt Manzano.

Nachdem es bei ihr "klick" gemacht hatte, begann Viviana Peralta ihren Kampf gegen die Agrochemikalien vor ihrer Haustür. "Mit meiner Nachbarin bin ich von Haustür zu Haustür gegangen und habe Unterschriften gesammelt." Sie bekamen nicht nur die Unterschriften von 23 Familien, sondern erfuhren auch viel über die Leiden in der Nachbarschaft, von Hunden und Katzen, denen das Fell ausgegangen war, von Hühnern und Enten, die über Nacht einfach gestorben waren. "Es gab keine Familie, die nicht irgendwie geschädigt war."

Auf dem Bürgermeisteramt von San Jorge fühlte sich niemand zuständig. Im Gegenteil. Im November 2008 kündigte die Stadtverwaltung neue Sprüheinsätze an - notfalls unter Polizeischutz. Die Peraltas erwirkten durch eine einstweilige Verfügung ein vorläufiges Verbot.

Im März 2009 untersagte dann ein Gericht erstmals den Grundbesitzern, in einem Radius von 800 Metern um das Barrio Urquiza Glyphosat und andere Agrochemikalien einzusetzen. Für das Ausbringen per Flugzeug wurde ein Radius von 1.500 Metern festgelegt. Der Widerspruch von Produzenten und staatlichen Behörden erfolgte prompt, die betroffenen Bewohner hätten für die behaupteten Gesundheitsschäden keinerlei wissenschaftlich fundierten Beweise vorgelegt.

Ende 2009 wies das Berufungsgericht der Provinz Santa Fe den Widerspruch nicht nur ab, sondern legte erstmals und eindeutig in der argentinischen Rechtsprechung fest, wer die Beweislast trägt. Es sei gerade die - auch wissenschaftliche - Unsicherheit über die Konsequenzen des Herbizideinsatzes, die den Gebrauch in unmittelbarer Nähe von Bewohnern nicht zulasse. Die staatlichen Behörden sollten innerhalb von sechs Monaten die Unbedenklichkeit von Glyphosat und anderen Agrochemikalien nachweisen.

"Wir sind erst mal ganz still geblieben. Denn auch dagegen hätten sie noch Widerspruch einlegen können", sagt Viviana Peralta. Ende März war die Frist abgelaufen. Niemand hatte Berufung eingelegt. "Jetzt rührten wir die Trommeln." Das Medienecho machte San Jorge und die Bewohner von Barrio Urquiza über Nacht republikweit bekannt.

In der Straße Irigoyen steht ein roter Klinkerbau. Victor Trucco, einer der Pioniere des Sojaanbaus in Argentinien, öffnet die Haustür. "Es ist noch gar nicht lange her, da standen hier vorne die Eisenbügel, an denen die Pferde festgebunden wurden." San Jorge war damals ein unbedeutendes Dorf. "Heute haben wir hier die besten Sojafelder des Landes." 1.000 Hektar Land hat Truco gepachtet.

Ein zehn Zentimeter dickes Buch liegt auf dem Wohnzimmertisch bereit. "Das sind die ganzen Unterlagen, die die Herstellerfirmen der Regierung vorgelegt haben", erklärt er. "Hier, Glyphosat, wofür man es verwenden darf bis zu den Information über die toxische Wirkung."

1989 gründete Truco die Aapresid (Asociación Argentina de Productores en Siembra Directa), deren Ehrenpräsident er heute ist. Sie ist eine der wichtigsten Lobbyisten für die Direktaussaat von Transgensoja und den Einsatz von Glyphosat. Mitglieder sind nicht nur Produzenten. Auf der Internetseite sind als Firmenmitglieder alle zu finden, die im Bereich Agrochemie Rang und Namen haben: Monsanto, BASF, Bayer, Compo, Syngenta.

Millionen Liter Pestizide

"Als wir in den 1980er Jahren mit der Direktaussaat von Soja anfangen, benutzten wir zwei Liter Glyphosat pro Hektar. Damals war der Ertrag aber auch nur die Hälfte von dem, was wir heute ernten." Heute wird mindestens dreimal pro Wachstumszyklus Glyphosat auf die Felder ausgebracht. Pro Hektar kommen mindestens 10 Liter zusammen. Mit 19 Millionen Hektar kletterte die Anbaufläche im Jahr 2009 auf ein neues Rekordhoch. Zu den 190 Millionen Liter Glyphosat kommen noch Millionen Liter an Pestiziden und Fungiziden.

Das gerichtlich angeordnete Sprühverbot nennt Victor Truco Unfug. "Ich bin damit einverstanden, dass an einem Haus kein Sprühfahrzeug vorbeifahren darf. Glyphosat ist kein

Weihwasser, damit muss man vorsichtig und ordnungsgemäß umgehen." Was im Barrio Urquiza passierte, sei ein Unfall gewesen. Einen kausalen Zusammenhang von Glyphosateinsatz und dem Steigen der Krebsrate sieht er nicht.

"Absurd ist das schon", sagt Viviana Peralta. "Jetzt haben wir in San Jorge Bürger erster und zweiter Klasse." Die Schutzzone gilt nur für die 300 Bewohner im Barrio Urquiza. Im Viertel schwirren die Libellen durch die Luft, die Grillen zirpen, die Frösche sind zurück. "Seit nicht mehr gesprüht wird, ist das Leben zurückgekehrt", sagt Viviana Peralta. Töchterchen Ailén zeigt dabei, wie tief Luftholen geht.

REPORT

Das Leid der Rennpferde Tierquälereien hinter der Hochglanzfassade großer Derbys



Moderation Fritz Frey:

Im Internet kursieren schreckliche Bilder von geschundenen Pferden. Bilder, bei denen man sich fragt, ob das wirklich wahr ist, was man da sieht.

Schwerste Stürze, offene Brüche, schlimme Unfälle – furchtbar.

Angeblich entstanden sind diese Bilder beim Rennsport. Thomas Reutter und Nicola Timm wollten wissen, ob es tatsächlich so brutal zugeht im normalen Arbeitsalltag eines Rennpferdes. Sie sind deshalb nach Hamburg gefahren – zum Pferderennen.

Bericht:

Das Deutsche Derby in Hamburg, eine Woche internationales Pferderennen: Prominenz und gute Laune. Das Derby ist auch ein Society-Event. Bei den Wetten geht es um 1,6 Millionen Euro. Dafür müssen die Pferde alles geben.

Viele Tausend Besucher kommen jeden Tag. Mit dabei: Maximilian Pick. 20 Jahre war er Tierarzt an der Pferderennbahn. Kaum einer kennt die Belastung der Rennpferde so gut wie er.

Pick hat Tierschutz-Leitlinien für den Pferdesport mit verfasst. Heute will er selbst einen Renntag lang sehen, wie die Tiere behandelt werden. Sein Eindruck von den Pferden nach dem Rennen:

O-Ton:

»Ausgequetscht bis zum Letzten. Erschöpft. Für mich als Pferdefreund ist es ein Bild des Jammers, so etwas zu sehen.«

Ein Mitschnitt von einem Trabrennen an diesem Tag. Diese Bilder zeigen: Der Fahrer mit der Nummer 10 will unbedingt noch gewinnen.

O-Ton, Dr. med. vet. Maximilian Pick, Gutachter für Pferde:

»Sie hören das Schnalzen der Peitschen über hunderte von Metern, wie sie auf den Pferdekörper aufschlagen. Wie sie also mit voller Wucht geführt werden und für mich ist das ein Akt von Tierquälerei.«

Permanent schlägt der Fahrer auf das Pferd Niacomo ein, obwohl nur fünf Schläge erlaubt sind. Von der Rennleitung bekommt der Fahrer nur eine geringe Geldstrafe. Weitere Folgen hat das nicht.

Wir konfrontieren einen der Hauptverantwortlichen für Trabrennen in Deutschland mit den Bildern:

O-Ton, Heinz Tell, Vizepräsident, Dachverband für Traberrennsport:

»Wenn Sie sich das nochmal genau angucken, wenn Sie sich auch die Handbewegungen ansehen, wie er mit der Leine vorfuhrwerk, dass der gar nicht aufs Pferd gehauen hat oder nicht öfter, als er es nicht gedurft hätte. Dass das Ganze nicht ästhetisch ist, nicht gut aussieht, und ob man sich so verhalten muss, das steht auf einem völlig anderen Blatt.«

Eine absurde Bewertung in den Augen des Tierarztes.

O-Ton, Dr. med. vet. Maximilian Pick, Gutachter für Pferde:

»Ich möchte eine Anzeige erstatten, bei speziell diesem Fahrer wegen Verstoß gegen das Tierschutzgesetz.«

Die Stallungen auf der Rückseite der Rennbahn. Hier kommen die Besucher nicht hin. Viele Rennpferde müssen 23 Stunden am Tag in Boxen stehen. Ins Freie kommen sie nur zum Training oder Rennen.

O-Ton, Dr. med. vet. Maximilian Pick, Gutachter für Pferde:

»Wir haben natürlich auch durch das ewige Rumstehen der Pferde und durch die mangelnde Bewegung auch sehr viele Beinschäden. Hinten ist er bandagiert. Und wenn Sie hingeschaut haben, ist er ganz durchgetreten, mit den Fesselgelenken auf den Boden getreten. Normalerweise hat er eine Verletzung an der Fesselträgersehne hinten, beiderseits. Normalerweise müsste man so einem Pferd eigentlich Ruhe geben und nicht nochmal starten. Aber Leute wollen halt, dass ihre Pferde Geld verdienen.«

Wir beobachten die zuständige Tierärztin im Einsatz. Ein Pferd leidet vor dem Rennen an einer Kolik, hat Schmerzen im Bauchbereich. Die Ärztin alleine kann jetzt nicht mehr weiter helfen.

O-Ton, Dr. med. vet. Kerstin Reich, Rennbahn-Tierärztin:

»Wir hatten uns den dann nach einer Viertelstunde nochmal angesehen. Da hatte der sich noch nicht komplett beruhigt, hatte immer noch den Bauch sehr aufgezogen und zeigte immer noch Schmerzäußerungen, so dass wir uns entschlossen haben ihn sofort in die Klinik zu schicken.«

Eine typische Ursache von Koliken ist Stress. Das Rennpferd hat ausgedient, wird eingeschläfert.

Rennpferde werden besonders oft krank. Eine aktuelle Studie der Universität Bristol zeigt: 52 bis 100 Prozent der Rennpferde leiden an Magengeschwüren.

Damit konfrontieren wir den obersten Lobbyisten im Galopprennsport.

O-Ton, Albrecht Woeste, Präsident, Dachverband Galopprennsport:

»Also diese Zahl kann ich überhaupt nicht bestätigen. Mir ist das, also ich selber habe mit Freunden zusammen sechs Rennpferde, noch nie hat eins Magengeschwüre gehabt. Den Pferden scheint es gut zu gehen, denn sie haben alle Spaß daran, um die Wette zu laufen und das sieht man ihnen an, mit fröhlichen Gesichtern und spitzen Ohren.«

Fröhliche Gesichter? Beim Trabrennen ist ein Sulky zerbrochen. Das Pferd läuft in Panik über die Bahn, verletzt sich dabei schwer. Eine Schlagader ist getroffen. Das Tier blutet stark. Auf der Rennbahn kann das Pferd jetzt nicht versorgt werden.

Zum Glück ist die Verwundung aber nicht lebensgefährlich. Andere Unfälle dagegen schon. Allein in diesem Jahr gibt es im deutschen Galopperforum in der Rubrik „tote Pferde“ schon mehr als 30 Einträge, etwa: Nach dem Rennen zusammengebrochen. Wegen Beinbruchs getötet. Oder: wegen Beckenbruch getötet

O-Ton, Albrecht Woeste, Präsident, Dachverband Galopprennsport:

»Tja. Ich kann das nicht beschönigen. Das ist so. Aber das Leben ist eben, wie es ist.«

Und so geht der Wettkampf auf der Rennbahn weiter. Bilanz eines einzigen Renntages: Ein Pferd mit aufgerissener Arterie. Ein Tier ins Ziel gepeitscht. Ein Rennpferd wegen Kolik eingeschläfert.

Abmoderation Fritz Frey:

Zu diesem Thema übrigens auch ein Gespräch mit meinen Kollegen unter www.reportmainz.de unter anderem zur Frage, was man gegen solche Zustände unternehmen kann.

Alle Sendetermine:

19.07.2010, 21.45 Uhr, Report Mainz, Das Erste

Agrarheute

20.07.2010 | 08:54

Studie: Substanz im Stallstaub schützt Landkinder

Landkinder sind möglicherweise durch einen Stoff im Stallstaub besser vor Allergien geschützt als Stadtkinder. Forscher haben herausgefunden, dass ein Zuckermolekül von Futterpflanzen auf das Immunsystem wirkt. Das sogenannte Arabinogalaktan kommt in großen Mengen in Gräsern wie dem Wiesenfuchsschwanz vor. Der Stoff hindere im Mäuseexperiment das Immunsystem an überschießenden Abwehrreaktionen, teilte die Ruhruniversität Bochum am Montag mit.

Dass Kinder, die auf Bauernhöfen aufwachsen, seltener an Allergien und allergischem Asthma leiden, ist lange bekannt. Was die Kinder genau schützt, ist bislang rätselhaft. Der Schutz durch den Gras- Bestandteil sei eine Mengenfrage, berichteten die beteiligten Forscher aus Bochum, München und Borstel. «In kleineren Konzentrationen können die Pollen des Wiesenfuchsschwanzes Allergien auslösen, in großen Dosen und sehr früh im Leben aber auch verhindern», sagte Martin Peters von der Ruhruniversität Bochum. Das Zuckermolekül wirkt nach Forscherangaben insbesondere, wenn es im ersten Lebensjahr eingeatmet wird.

Jetzt wollen die Forscher untersuchen, ob sich Arabinogalaktan zur Vorbeugung oder auch zur Therapie von Allergien und allergischem Asthma einsetzen lässt. Denkbar wäre eine Anwendung als Spray oder Nasentropfen, da die Substanz gut wasserlöslich sei, sagte Peters. Die Forscher berichten über die Ergebnisse in der aktuellen Ausgabe des «Journal of Allergy and Clinical Immunology».

dpa

IPO

Tonkens Agrar: Ernte für Anleger

Autor: [Eurams exklusiv](#) | 02.07.2010 | 12:21 | 6129 mal gelesen

Mit Tonkens Agrar geht ein moderner Großbauer an die Börse. Das Konzept passt, die Aussichten sind attraktiv - von Georg Pröbstl.

Der Appetit wächst. Drei Beispiele. Erstens: Milchdurst. Studien zufolge soll der Milchkonsum allein zwischen 2008 und 2011 weltweit um rund zehn Prozent steigen. **Zweitens: Getreidehunger.** Der Düngemittelhersteller CF Industries erwartet langfristig beim weltweiten Getreideverbrauch ein Plus von 3,5 Prozent. **Drittens: Fleischhunger.** Zwischen 1961 und 2001 stieg der weltweite Pro-Kopf-Konsum um 65 Prozent.

Die Tendenz ist weiter steigend. Denn mit wachsendem Einkommen können sich die

Menschen in den Schwellen- und Entwicklungsländern immer mehr leisten. Hinzu kommt: Die Weltbevölkerung wächst nach Berechnungen der UNO jährlich um 79 Millionen. Das Problem: Seit Jahren ist die landwirtschaftliche Nutzfläche konstant. Folge: Agrarrohstoffe werden knapp. Profiteure sind die Unternehmen der Branche. Im letzten Agrarboom 2008 stieg etwa der Kurs von KWS Saat in drei Monaten um 50 Prozent. KTG Agrar verdoppelte seinen in sechs Monaten.

Im Zuge der Finanzkrise kamen aber auch die Kurse vieler Agraraktien unter Druck, die Anleger derzeit relativ preiswert einsammeln können. In dieser günstigen Konstellation taucht jetzt Tonkens Agrar am Horizont auf. Das Unternehmen aus Sülzetal geht am 7. Juli im Zuge einer Kapitalerhöhung an die Börse.

Tonkens Agrar baut in Sachsen-Anhalt auf 3000 Hektar Getreide, Zwiebeln, Mais und Kartoffeln an. Zusätzlich erfolgt Milchwirtschaft mit 800 Kühen. Daneben betreibt der Agrarkonzern ein Kartoffellagerhaus. Das bringt hohe Margen. Denn dort werden die Knollen weiterverarbeitet. Fließen dem Erzeuger beim Rohprodukt je Kilogramm nur etwa 0,11 Euro zu, sind es bei geschälten Kartoffeln immerhin 0,50 Euro.

Der Ausbau der Wertschöpfungskette bietet interessante Perspektiven. „Wir planen den Bau von vier Biogasanlagen. Eine soll noch in diesem Jahr in Betrieb gehen“, sagt Firmenchef Gerrit Tonkens. Ein cleverer Plan. Denn dank der Landwirtschaft verfügen die Sülzetaler zum einen über die notwendigen Abfallstoffe. Zum anderen können die in den Biogasanlagen anfallenden Reststoffe als Dünger verwendet werden. Die erzeugte Energie dient zudem der Beheizung der Ställe – konkret einer geplanten Hähnchenmast: „Derzeit laufen die Genehmigungsverfahren für zwei Mastbetriebe mit jeweils 300 000 Tieren. Zumindest eine Genehmigung dürfte noch in diesem Jahr erteilt werden“, sagt der Manager.

Der Umsatz dürfte bis 2012/13 um 25 Prozent auf 25 Millionen Euro zulegen. Beim Gewinn sind 3,7 Millionen – 2,60 Euro je Aktie – drin. Bezogen auf den Emissionspreis ein moderates Neuner-KGV. Es könnte sogar noch besser laufen. 2012 will Tonkens eine neue Kartoffelschälanlage in Betrieb nehmen. Da sind weitere 2,5 Millionen Euro Umsatz im Jahr drin. Der Zukauf von Ackerflächen bietet zusätzliche Fantasie.

Obendrein scheint die Planung konservativ. So kalkuliert Tonkens für 2012/13 bei Milch mit 0,26 Euro je Liter. 2008 gab es schon 0,40 Euro. Bei einer Jahresproduktion von sieben Millionen Litern bringt jeder Cent über Plan einen zusätzlichen Umsatz von 70 000 Euro. Das dürfte voll auf den Gewinn durchschlagen und so die Planung toppen. Wer von der Verknappung bei Agrarrohstoffen profitieren will, zeichnet Tonkens. Denn spätestens beim nächsten Agrarboom sollten steigende Preise auch den Aktienkurs nach oben bewegen.

Tonkens Agrar AG

Festpreis 23,75 €

Zeichnungsfrist 28.6. bis 5.7.10

Erster Handelstag 7.7.2010

Ausgegebene Aktien 1,4 Mio.

Erw. Umsatz 201/11 20,0 Mio. €

Erw. Gewinn/Aktie 1/11 1,68 €

KGV 201/11 14,1

Prospekt Ja

Segment Entry Standard

ISIN DE 000 A1E MHE 0

Fazit: Höhere Margen durch Ausbau der Wertschöpfungskette. Aktie könnte sich als gutes Langfristinvestment entwickeln.

Sindelfinger / Böblinger Zeitung

Finger weg vom Fleisch

09.07.2010 00:00 Uhr -



Von unserem Mitarbeiter Matthias Staber

Den Vorschlag von Böblings Oberbürgermeister Wolfgang Lützner, das Deutsche Fleischermuseum Böblingen auch für Vegetarier zu öffnen, hat Jochen Buchholz beim Wort genommen: Im Rahmen der Sonderausstellung „Fleischgenuss in der zeitgenössischen Kunst“ referierte der SZ/BZ-Mitarbeiter über den Tierschutzpionier Christian Adam Dann und die Ethik des Fleischverzichts.

„Ich trete ein in eine Schlächterbude. Warum müssen jene, schon geraume Zeit mit einander zugekehrten Rücken auf dem Schragen liegende Kälber, ihre Köpfe weit herunter hängend, solange auf ihren Tod warten, und das Todesgefühl an den bereits abgeschlachteten Tieren und an den auch zu ihrer Abschachtung ihnen sichtbar genug getroffenen Anstalten so bitter vorausempfinden? O sieh' doch die angstvollen, um Hilfe flehenden Blicke!“

„Notgedrungenener Aufruhr zur Linderung der unsäglichen Leiden der in unserer Umgebung lebenden Tiere“ heißt die Schrift aus dem Jahre 1833, in der Christian Adam Dann in dieser anschaulichen Drastik das Leiden von Schlachttieren beschreibt. Der pietistische Pfarrer, geboren 1758 in Tübingen, gestorben 1837 in Stuttgart, gilt als einer der Vorreiter der Tierschutzbewegung. Im Deutschen Fleischermuseum Böblingen habe es während seiner 25-jährigen Geschichte niemals eine Veranstaltung gegeben, die sich ernsthaft und ausdrücklich „der Perspektive der Schlachttiere und ihrem Leiden gewidmet hat, die sich vor allem durch Massentierhaltung und deren Konsequenzen ergibt“, sagt Jochen Buchholz (Bild: z).

Für Buchholz sind die Themen Fleischverzicht und Tierleiden eine Herzensangelegenheit: „Ich lebe so gut wie vegan“, sagt Buchholz, „nur, wenn meine Mutter einen Kuchen bäckt, in dem Eier drin sind, lehne ich nicht ab.“ Das heißt: Jochen Buchholz verzichtet als Vegetarier nicht nur auf den Verzehr von Fleisch, sondern als Veganer auf den Konsum jeglicher tierischer Produkte wie Eier, Milch oder Käse.

Auf den pietistischen Pfarrer Christian Adam Dann stieß Buchholz bei der Lektüre des im Hirzel-Verlags erschienenen Antifleischverzehr-Sammelbandes „Leben, Töten, Essen“. Mit insgesamt zwei Schriften, außerdem noch „Bitte der armen Tiere, der unvernünftigen Geschöpfe, an ihre vernünftigen Mitgeschöpfe und Herrn, die Menschen“, brachte Dann aus einem christlich motivierten Barmherzigkeitsgedanken heraus im 19. Jahrhundert die Tierschutzdebatte ins Rollen.

„Abgemattet, lechzend vor Durst, werden die Kälber von dem wilden Hunde, dem sich leicht beim Eintritt in eine Ortschaft noch andere zugesellen, immer schärfer angetrieben, wobei es ohne schmerzliche, wohl gar von Blut triefende Bisse nicht abgeht“: So beschreibt Dann eine Kälberhatz. Acht solcher Bilder hat Buchholz als roten Faden für seinen Vortrag aus Dannes Schriften zusammengetragen, um dann den Bogen zu den moralischen und ökologischen Fragen der Massentierhaltung der Gegenwart zu schlagen.

„Schnöder Dienst der Lüste“

Jochen Buchholz' Fazit ist eindeutig: „Bekennen wir uns im Sinne Christian Adam Dannes nicht zu einer Ethik der Barmherzigkeit, bleiben wir unbewusste Werkzeuge einer neutralen, unbarmherzigen Natur, einer Evolution, die auf der Ebene ihrer Instinkte stecken bleibt, so wie es unser Held Dann schon 1833 formulierte: Wir bleiben verstrickt ‚in den schnöden Dienst der Lüste und der Eitelkeit‘.“ Finger weg vom Fleisch heißt die Konsequenz, oder zumindest, „dass in Zukunft nur Tiere zur Schlachtung kommen, die vorher ein längeres und glückliches Leben führen durften“.

Die Sonderausstellung „Fleischgenuss in der zeitgenössischen Kunst“ ist noch bis zum 26. September im Deutschen Fleischermuseum Böblingen zu sehen.

Münstersche Zeitung

19.06.2010 08:31 Uhr

Organisierte Schwarzarbeit: Geflügel-Mafia steht vor Gericht

MÜNSTER Nach dem Ende der Prozesse gegen die Gerüstbau-Mafia hofft Münsters Staatsanwaltschaft auf den nächsten Schlag gegen die organisierte Schwarzarbeit. Ab Montag muss sich vor dem Landgericht der Chef eines münsterschen Fleischzerlege-Betriebs verantworten. Es geht um die Hinterziehung von Millionenbeträgen. Von Jörg Gierse



Insgesamt sechs Angeklagte treten übermorgen vor die Wirtschaftsstrafkammer des Gerichts. Neben dem Münsteraner stehen dann fünf seiner Helfer – meist Geschäftsführer verschiedener Firmen eines weit verzweigten Geflechts, das nur eine Aufgabe hatte: ein in der bundesweiten Fleischbranche seit Jahren laufendes System von Schwarzarbeit im großen Stil zu kaschieren.

Seit November 2009 wird ermittelt

So zumindest sehen es die Experten für Wirtschaftskriminalität bei der Staatsanwaltschaft, die den Prozess seit Monaten vorbereiten. Gut 150 Seiten stark ist die Anklageschrift, die Staatsanwalt Klaus Kaptur vorliegt, Akten und Beweismittel füllen Bände. Seit das Sextett im

November 2009 verhaftet wurde, haben er und seine Kollegen versucht, Licht ins Dunkel zu bringen – unterstützt von Steuerfahndern und dem Team der „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“, angesiedelt beim Hauptzollamt.

Gleich um die Ecke von der Gievenbecker Filiale der Zollfahndung lag demnach das Zentrum der Schwarzarbeiter. Von einer Etagenwohnung am Toppheideweg aus lenkte der Hauptangeklagte Trupps von zeitweise 800 Arbeitern – oft Vietnamesen und Palästinenser, aber auch viele Deutsche. Die liess er als Subunternehmer unter ständig wechselnden Firmennamen an Geflügel verarbeitende Betriebe aus, um Ausbein- und Zerlegearbeiten zu verrichten. Seine Kunden waren auch zwei der größten Geflügelfleisch-Produzenten in Deutschland: die Firmen Heidemark und Wiesenhof mit Sitz im Oldenburger Münsterland.

Scheinfirmen erstellten Scheinrechnungen

„Die Arbeiter hatten alle gute Papiere, inklusive Gesundheitszeugnis und Lohnsteuerkarte“, sagt Kaptur. Legal bezogen sie allerdings nur ein Grundgehalt von 800 bis 1000 Euro monatlich: „Alles darüber hinaus wurde bar ausgezahlt.“ Dieses Bargeld beschaffte sich die „Geflügel-Mafia“ über Scheinfirmen, die Rechnungen über nie erbrachte Leistungen ausstellten. Dadurch hielten die Drahtzieher ihre Kosten niedrig, prellten den Staat um Lohnsteuer und Sozialabgaben und machten sich selbst die Taschen voll – so der Vorwurf der Anklage.

Vor Gericht macht Staatsanwalt Kaptur einen Betrag von 14,2 Millionen Euro geltend. „Der Gesamtschaden wird größer sein“, räumt er ein, das Firmengeflecht sei zu dicht, um alles durchzuermitteln. Der Prozess ist auf zunächst 15 Verhandlungstage angesetzt. Da fünf der sechs Angeklagten geständig sind, „könnte es schnell gehen“, so Kaptur. Absprachen mit den Anwälten über milde Urteile werde es nicht geben, betont der Leiter der Wirtschaftsabteilung, Oberstaatsanwalt Rainer Neuschmelting: „Wir haben eine erhebliche Straferwartung.“

Ldw. Wochenblatt Westfalen-Lippe 29/10

AKTUELLES

Leichte MRSA-Entwarnung

Die Gefahr, die von Methicillin-Resistenten-Staphylococcus-Aureus-Erregern (MRSA) ausgeht, ist offensichtlich doch nicht so groß wie bislang befürchtet. Zu dieser Einschätzung kommen die Experten eines deutsch-niederländischen Forschungsprojektes. Offensichtlich gibt es unterschiedliche MRSA-Stämme, die nicht alle gleich gefährlich sind.

So haben Untersuchungen am Universitätsklinikum Münster ergeben, dass Tier-assoziierte MRSA-Stämme im Vergleich zu Krankenhaus-MRSA eher selten für Infektionen beim Menschen verantwortlich sind. Deshalb sei es unbegründet, Landwirte, die oftmals Träger der Tier-assoziierten Variante seien, von vornherein als gefährliche Keimträger einzustufen. Die Forscher fordern vielmehr eine routinemäßige Stamm-Typisierung im Krankenhaus.

28/2010

Mehr Biogas - ist das gut?



Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist politisch gewollt. Foto: Stückemann

Erst waren es nur 14 Biogasanlagen (Anfang 2009), dann 18 (Mitte 2010) und Ende des Jahres werden es 40 sein. Die Biogasbranche in Deutschland und – wie die Zahlen zeigen – auch im Kreis Soest boomt. Seit der Novellierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) sind Bau und Betrieb einer Biogasanlage für viele landwirtschaftliche Betriebe sehr interessant geworden. Damit hat die Bundesregierung das Ziel, die Zahl der Biogasanlagen zu erhöhen und den Anteil der Erneuerbaren Energien am Energiemix zu steigern, erreicht.

Durch das EEG haben sich aber auch die Bedingungen auf den Agrarmärkten geändert. Silomais in Biogasanlagen einzusetzen ist um einiges wirtschaftlicher geworden als ihn zu verfüttern oder auf der gleichen Fläche Getreide anzubauen. Unter diesen Bedingungen kommt immer wieder Kritik auf. Einige Stimmen: „Biogasanlagen steigern die Pachtpreise.“ „Veredelungsbetriebe können da nicht mithalten und erleiden wirtschaftliche Einbußen.“ „Ein weiter steigender Maisanteil in der Fruchtfolge verschandelt nicht nur die Landschaft, sondern führt früher oder später zu Problemen mit Krankheiten und Schädlingen.“

Was ist los in NRW?

In Nordrhein-Westfalen, so die Zahlen der Biogas-Betreiberdatenbank NRW, werden Ende diesen Jahres vorraussichtlich 410 landwirtschaftliche Biogasanlagen betrieben werden. Bei einer installierten elektrischen Leistung von insgesamt rund 150 MW benötigen diese dann theoretisch 45 .000 bis 50 .000 ha für den Substratanbau. Zum Vergleich: Ende 2008, also vor gerade einmal eineinhalb Jahren, aber eben vor der Novellierung des EEG, waren es noch 280 Anlagen mit einer installierten elektrischen Leistung von 105 MW. Der theoretische Flächenbedarf lag da noch bei 31 .500 bis 35 .000 ha.

Im Kreis Soest, so Dr. Arne Dahlhoff von der Landwirtschaftskammer NRW, liefen Ende 2008 gerade 14 landwirtschaftliche Biogasanlagen mit einer installierten elektrischen Gesamtleistung von 6,3 MW. Heute sind es rund 22 Anlagen mit einer installierten Leistung von 8,6 MW, bis Ende des Jahres werden es voraussichtlich 40 Anlagen mit einer installierten Gesamtleistung von rund 16,1 MW sein. Geht man davon aus, dass die Anlagen für den Substratanbau je kW eine Fläche von 0,35 ha benötigen, steigt damit die für die Biogasanlagen im Kreis Soest benötigte Fläche von gut 2200 ha bis Ende 2008 auf in diesem Jahr knapp 5630 ha für die bereits bestehenden und bis Ende des Jahres geplanten Anlagen.

Damit ist die Entwicklung aber sicher noch nicht am Ende. Wahrscheinlich werden auch im nächsten Jahr noch weitere Anlagen folgen. Was nach der erneuten Novellierung des EEG

zum 1. Januar 2012 passieren wird, ist noch völlig offen. Hinzu könnten bis 2013 aber noch weitere gut 1000 ha Substratanbaufläche kommen, wenn die von RWE Innogy und WLV in Werl geplante Biogasanlage tatsächlich gebaut wird. *stii*

DLZ

Biogas

21.06.2010 | 15:52

Clostridien in Biogasanlagen – Gefahr für Mensch und Tier?



Alle reden darüber und Experten streiten. Gefährden Biogasanlagen die Gesundheit von Mensch und Tier, weil darin krankheitserregenden Clostridien vorkommen und sich massenhaft vermehren?

Lesen Sie mehr in der dlz 7/2010. Hier finden Sie weitere Informationen zu diesem Thema als Download.

landpixel

Können Problemsubstrate, wie Fleischfresserkot, die Vermehrung von Krankheitserregern in einer Biogasanlage fördern?

- [Informationen über Clostridien](#) (PDF, 88 kb)
- [FAL-Bericht zum Vorkommen von Clostridium botulinum in Substraten und Gärrückständen von Biogasanlagen](#) (PDF, 2,4 MB)
- [Literaturempfehlungen](#) (PDF, 11 kb)

Lesen Sie hier eine [Stellungnahme](#) zu diesem Beitrag, von Prof. Dr. Helge Böhnelt, miprolab Göttingen und Ernst-Günther Hellwig, Agrar- und Veterinär- Akademie.

Agrarheute

21.07.2010

Preisabsprachen auf dem EU-Markt

Millionenbuße für Tierfutter-Kartell

Bern - Ein von der EU aufgedecktes Tierfutter-Kartell muss über 175 Millionen Euro Strafe zahlen. Die Hersteller hätten sich auf einem Großteil des EU-Marktes fast 35 Jahre lang Marktanteile und Kunden zugewiesen und teils auch Preise abgesprochen.



(Foto: Mühlhausen/landpixel)

Das Kartell bestand demnach "seit mindestens März 1969" bis zum Februar 2004. Nicht alle der jetzt verurteilten Unternehmen seien aber die ganze Zeit über beteiligt gewesen. Die Hersteller waren nach Ansicht der Kommission führend bei der Produktion von Futterphosphaten, einem Hauptbestandteil von Tierfutter beispielsweise für Haustiere, Geflügel, Schweine und Rinder.

Sie stammten unter anderem aus Frankreich und den USA und müssen zwischen 14,4 Millionen und knapp 84 Millionen Euro zahlen. Einem Teil der Unternehmen wurde die Busse wegen einer Kronzeugenregelung erlassen, andere profitierten mit Ermässigungen davon, dass sie ihre Beteiligung an den Rechtsbrüchen später eingestanden. (lid)

14.07.2010

Geflügelfleischimporte

Russland importiert 2010 weniger Geflügelfleisch

Moskau - Russland hat in den ersten fünf Monaten 2010 rund 95.300 t Geflügelfleisch importiert. Das sei deutlich weniger als die 308.400 Tonnen des gleichen Vorjahreszeitraums, teilte die allgemeine Zollbehörde mit.



(Foto: agrar-portal.de)

Der Wert der Geflügelfleischimporte sei von 334,7 US-Dollar auf 140 Millionen (264,9 auf 110,8 Millionen Euro) gesunken. Die Einfuhren seien allesamt aus Ländern außerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) gekommen. Hauptgrund für den Rückgang ist Marktbeobachtern zufolge der bisherige Importstopp von mit Chlor behandeltem Geflügelfleisch aus den USA. (aiz)

20.07.2010

Hitzewelle prägt Agrarmärkte - Teil 3/3

Schweine setzen weniger Speck an

Bonn - Die heißen Sommertemperaturen machen Mensch und Tier zu schaffen. Wegen der drückenden Schwüle vergeht vielen Schweinen der Appetit - sie setzen weniger Speck an und kommen leichter zur Schlachtung.



(Foto: Mühlhausen/landpixel)

Während Bahnkunden im ICE gegrillt werden, erfreut sich manches Mastschwein über klimatisierte Stallanlagen. Ganz spurlos geht die sommerliche Hitzewelle aber auch an den Schweinen nicht vorüber. Wie den Verbrauchern, vergeht auch ihnen in drückender Schwüle die Lust auf Essen. Sie setzen weniger Speck an und kommen leichter zur Schlachtung.

Spanien: Gewichtsschwankungen besonders ausgeprägt

Ganz ausgeprägt sind diese Gewichtsschwankungen in Spanien, wo zwischen Winter- und Sommerschwein bis zu fünf Kilogramm Differenz liegen können.

Deutschland: Unterschiede weniger groß

In der gemäßigten Klimazone Deutschland sind die Unterschiede nicht so groß. Zu Jahresbeginn lagen die durchschnittlichen Schlachtgewichte bei 95,5 Kilogramm, momentan liegen sie etwas oberhalb von 94 Kilogramm. In den vergangenen Wochen verloren die Schweine von Woche zu Woche rund 200 Gramm, so dass bei anhaltend hohen Temperaturen davon auszugehen ist, dass die Schlachtgewichte noch unter die Marke von 94 Kilogramm sinken werden.

Schlachtgewicht: Einfluss auf das Marktgeschehen

Die Entwicklung des Schlachtgewichtes hat Einfluss auf das Marktgeschehen, denn zusammen mit der angebotenen Stückzahl bestimmt sie das Angebot. Und davon gab es in den letzten Wochen mehr als genug, denn die Verbraucher haben wegen der hohen Temperaturen oder Urlaubsreisen weniger Schweinefleisch gekauft. Nun hofft die Erzeugerseite auf ein rückläufiges Angebot, damit der zuletzt sinkende Schweinepreis wieder steigen kann. (AMI)

20.07.2010

Entwurf zur Änderung der Düngeverordnung

Bund will Einarbeitungspflicht auf Festmist ausdehnen

Berlin - Das Bundeslandwirtschaftsministerium will die Verpflichtung zur Einarbeitung von Wirtschaftsdünger ausdehnen.



(Foto: Landpixel.de)

Nach dem Entwurf soll sich diese Vorschrift künftig auf alle organischen und mineralisch-organischen Düngemittel mit einem wesentlichen Gehalt an Stickstoff beziehen. Damit würde die Einarbeitungspflicht auch für Festmist gelten. Das Ministerium begründet die Erweiterung mit der Notwendigkeit, die Effizienz der Stickstoffdüngung zu verbessern und deren Umweltbelastung zu reduzieren. Flexibler gestalten will das Ressort die Sperrzeiten für die Ausbringung von Wirtschaftsdünger.

Künftig sollen die Länder per Rechtsverordnung vom Bundesrecht abweichende Regelungen treffen können. Dabei soll jedoch nur eine zeitliche Verschiebung zulässig sein, nicht jedoch eine Verkürzung des Sperrzeitraums. Laut Düngeverordnung dürfen Düngemittel mit wesentlichem Gehalt an verfügbarem Stickstoff auf Ackerland nicht vom 1. November bis 31. Januar und auf Grünland nicht vom 15. November bis 31. Januar ausgebracht werden.

Vorschlag für düngerechtliche Grünlanddefinition

Schließlich sollen einige Klarstellungen und Präzisierungen in der Düngeverordnung vorgenommen werden. Dem Verordnungsentwurf zufolge sollen mit Gräsern und anderen Grünlandpflanzen eingesäte Flächen ab dem Jahr nach der Ansaat als Grünland gelten. Damit würde die düngerechtliche Grünlanddefinition vom Prämienrecht abweichen, demzufolge bei Dauergrünland eine mindestens fünfjährige entsprechende Nutzung gegeben sein muss. (AgE)

Agriholland

13/07/2010

[@mail a friend](#) [printversie](#)

Wakker Dier wijst op groot aantal stalbranden in 2010

Afgelopen week waren er drie meldingen van stalbranden. Daarbij werden 875 varkens, 75.000 kippen en 18.000 vleeskuikens het slachtoffer. In 2010 vielen er tot nu toe al meer slachtoffers bij stalbranden dan in heel 2009, aldus Wakker Dier. De organisatie voert een juridische campagne voor betere brandveiligheid in stallen. Op dit moment vallen stallen onder 'lichte industrie'. Daarmee wordt een stal met 60.000 kippen op een vergelijkbare manier beveiligd tegen brand als een opslagloods met wc-rollen of tuinmeubels. Wakker Dier pleit voor brandmelders, sprinklerinstallaties of brandcompartimenten in stallen.

Wakker Dier voert al langer actie tegen brandgevaarlijke stallen. De rechtbank in Den Bosch buigt zich op dit moment over een brandgevaarlijke stal in Boxmeer. De organisatie is een proefproces gestart omdat de betreffende stal tweemaal groter is dan is toegestaan. In 2007 is er een maximum norm van 2.500 m² gesteld. Daarboven moet de ruimte worden gescheiden door een brandwerende muur, zo zegt het ministerie van VROM in een handreiking. De stallen in kwestie zijn 4.988 m², 4.323 m² en 2.934 m². De uitspraak wordt voor 23 juli verwacht.

bron: Wakker Dier:, 13/07/10

19/07/2010

[@mail a friend](#) [printversie](#)

'Diergezondheid eist nog scherpere aandacht van alle betrokkenen'

Hoewel exacte meetgegevens ontbreken, lijkt de gezondheidsstatus in de Nederlandse veehouderij te verbeteren. Tegelijk neemt de maatschappelijke belangstelling voor diergezondheid en dierenwelzijn toe. De samenleving is veel minder bereid gezondheidsrisico's voor mens en dier te accepteren. De huidige discussie over diergezondheid is daarom een duidelijk signaal. Diergezondheid eist nog scherpere aandacht van alle betrokkenen. Dat concludeert Wageningen UR Livestock Research in een beschouwing over ontwikkelingen in de diergezondheid in de afgelopen decennia.

Livestock Research constateert diverse dilemma's die verbetering van diergezondheid in relatie tot duurzaamheid in de weg kunnen staan. Wensen voor dierenwelzijn zoals het verlenen van buitenuitloop kunnen conflicteren met diergezondheid. Benutting van nieuwe kennis en inzichten kan hier mogelijk uitkomst bieden.

Kern blijft, dat de maatregelen om diergezondheid te bevorderen ook moeten worden getoetst op hun effecten voor duurzaamheid. Dus inclusief ecologische footprint, dierenwelzijn in de brede zin, economie en invloed op diergezondheid en volksgezondheid nu én in de toekomst. Voor een duurzame veehouderij in 2023 gaat het niet alleen om wat deskundigen als feiten erkennen, maar ook om het vertrouwen van de samenleving in die feiten. Op beide aspecten is nog forse voortgang te boeken.

De beschouwing van Livestock Research is door het Planbureau voor de Leefomgeving benut als onderliggende informatie voor haar rapportage over de voortgang naar een duurzame veehouderij. Het rapport [Diergezondheid in de veehouderij, op weg naar duurzaamheid](#) is te vinden op de website van Livestock Research.

bron: Wageningen UR Livestock Research, 16/07/10

Internetseite der Verbraucherzentrale Niedersachsen:

Huhn und Pute - ein Einkaufsführer

Qualität hat ihren Preis

Wer mehr Genuss sowie Tier- und Umweltschutz haben will, der muss tiefer in die Tasche greifen. Hähnchen und Puten aus extensiver Boden- oder Freilandhaltung wachsen langsamer auf. Die erhöhten Futter- und Aufzuchtkosten sowie die damit verbundene Mehrarbeit machen dieses Fleisch teurer. Die extensive Geflügelhaltung verbessert das Wohlbefinden der Tiere. In jedem Fall haben die Tiere mehr Platz und damit mehr Bewegungsfreiheit. Je nach Haltungform sind zusätzlich Auslauf und Beschäftigungsmöglichkeiten gewährleistet.

Billigangebote werden teuer erkauft

Sie gehen zu Lasten der Tiere und der Umwelt. So mussten sich bei der üblichen Intensivmast 25 bis 30 Hähnchen in ihrem fünf Wochen kurzen Leben einen Quadratmeter Boden teilen und die Einstreu wurde nicht gewechselt.

Den Puten ergeht es nicht besser. Sandbad, Sitzstangen und Auslauf, die für ein artgerechtes Verhalten nötig sind, fehlen. Der konzentrierte Geflügelmist wird zum Entsorgungs- und

damit zum Umweltproblem. Dem immer schnelleren und größeren Wachstum der Fleisch liefernden Muskeln kann die Entwicklung des Skeletts nicht mithalten; Verformungen der Knochen und Schmerzen sind u.a. typische Folgen der Intensivhaltung.

Die großen Bestände von üblicherweise 30.000 Hähnchen bzw. 4.000 bis 9.000 Puten pro Stall verhindern die Ausbildung von Sozialstrukturen. Hohe Besatzdichten und ein reizarmes Umfeld erzeugen zusätzlich Stress, der in Kombination mit weiteren Faktoren häufig zu Verhaltensstörungen wie Federpicken und Kannibalismus führt. Um »Abhilfe« zu schaffen, wird den Tieren ihre hoch empfindliche Schnabelspitze abgebrannt.

Preise für Hähnchen- und Putenfleisch aus unterschiedlichen Produktionsweisen:

	intensive Produktion (keine definierte Haltungsform)	extensive Haltungsformen	biologische Erzeugung
Hähnchen			
ganze Hähnchen tiefgefroren	1,63–2,99 €/kg		7,95-10,30 €/kg
ganze Hähnchen, frisch	2,79–4,99 €/kg	6,99–7,99 €/kg	9,80–12,80 €/kg
Hähnchenbrustfilets, frisch	4,58-10,99 €/kg	16,99-23,99 €/kg	19,90–29,90 €/kg
Hähnchenkeule, frisch	2,26-5,49 €/kg	11,20 €/kg	9,99-17,60 €/kg
Puten			
Putenschnitzel, frisch	4,20–12,79 €/kg	15,99 €/kg	13,95–24,90 €/kg
Putenkeule, frisch	Keule: 2,26 - 5,29 €/kg Unterkeule: 1,99 - 4,99 €/kg Oberkeule: 3,99 - 5,99 €/kg	Oberkeule: 12,99 €/kg	Keule: 8,95 – 9,80 €/kg Oberkeule: 7,99 - 15,40 €/kg

Quelle: Eigene Markterhebungen der Verbraucherzentralen, November 2007 - Februar 2008
Weiter:

- [Gesundheit - Bedeutung von Fleisch in der Ernährung](#)
- [Artgerechtere Haltung](#)
- [Man schmeckt den Unterschied](#)
- [Anforderungen an Bio-Geflügel](#)
- [Hähnchen und Putenfleisch im Trend](#)
- [Kennzeichnung](#)

- [Siegel](#)
- [Herkunft](#)
- [Tipps für einen besseren Geflügeleinkauf](#)
- [Bezugsadressen](#)

Weitere Angebote zu diesem Thema finden Sie in der rechten Navigation.

Stand: 04.02.2010

Oldenburgische Volkszeitung

23.7.2010

"Landkreis Vechta will keine Biomasseanlagen"

Kreis Vechta (ho) - Ein Thema, zwei Standpunkte: Während der Landkreis Vechta beim Bau von Blockheizkraftwerken (BHKW) im Außenbereich auf das Baugesetzbuch pocht, widerspricht dem die Bioenergie-Region Südoldenburg, ein Projekt des Agrar- und Ernährungsforums Oldenburger Münsterland.

Es sei schon bemerkenswert und "ziemlich anmaßend, dass der Leiter des Bauamtes sich als Hüter des Gesetzes aufspielt und den anderen Landkreisen trotz eindeutiger Rechtslage vorwirft, nicht rechtskonform zu handeln", reagiert Bernard Schomaker, Projektleiter der Bioenergie-Region Südoldenburg, auf den OV-Beitrag Anfang Juli "Ein Streit um Energie aus ‚Satelliten´-Anlagen": Dabei geht es um Blockheizkraftwerke, die nicht mehr direkt an Biogasanlagen gekoppelt sind.

Das Land Niedersachsen habe in der Bauordnung festgelegt, dass BHKW in Gebäuden und die dazu gehörenden Leitungen für Biogas und Wärme, aber auch Photovoltaikanlagen in und an vorhandenen Dach- und Außenwandflächen, baugenehmigungsfrei seien, erklärt Schomaker.

Dies bedeute, dass sie auch nicht den planungsrechtlichen Vorgaben des Baugesetzbuches unterliegen und sie somit zum Beispiel im Außenbereich keiner Privilegierung bedürfen. Der Projektleiter weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es im Landkreis Vechta selbstverständlich sei, dass Photovoltaikanlagen ohne vorherige Baugenehmigungsverfahren installiert worden sind und werden.

"Aufgrund der Vorgaben des Baugesetzbuches liegen die landwirtschaftlichen Biogasanlagen häufig so im Außenbereich, dass eine Nutzung der anfallenden Wärme des BHKW vor Ort kaum möglich und auch ein Wärmenetz in der Umgebung der Biogasanlage nicht wirtschaftlich ist", sagt Schomaker. Da sei es sinnvoll, einen Teil des Biogases über eine Leitung dorthin zu einem BHKW zu bringen, wo die Wärme vor Ort genutzt werden könne. Also an Gewerbebetrieben, öffentlichen Einrichtungen oder Wohngebieten.

Ein gutes Beispiel sei hierfür die Gemeinde Bakum, die über ein Satelliten-BHKW ihre öffentliche Gebäude und weitere zehn Wohnhäuser mit Wärme versorge und dadurch jährlich rund 175 000 Kubikmeter Erdgas einsparen und rund 440 Tonnen Kohlendioxid vermeiden würde.

Der Landkreis indes stelle sich im Gegensatz zu anderen Landkreisen auf den

Standpunkt, dass Satelliten-BHKW doch den Vorgaben des Baugesetzbuches unterliegen und danach die mit Biogas betriebenen BHKW im Außenbereich unzulässig sind: Weil das Biogas nicht zu mehr als 50 Prozent aus dem eigenen Betrieb des Betreibers stamme. Schomaker: "Mit dieser Rechtsauffassung erklärt der Kreis aber nicht nur die Satelliten-BHKW mit Biogas, sondern auch alle mit Sojaöl, Palmöl und alle Haus-Feuerungsanlagen mit Holzpellets und Scheitholz für rechtswidrig, da auch diese Brennstoffe in der Regel nicht aus dem eigenen Betrieb kommen. Im Übrigen sind dann auch die vielen Photovoltaikanlagen im Außenbereich allesamt rechtswidrig, weil sie im Paragraphen 35 des Baugesetzbuches nicht als privilegierte Anlagen aufgeführt sind."

Für Schomaker liege der Grund der ablehnenden Haltung des Landkreises darin, dass keine Biomasseanlagen gewollt seien. "Obwohl die sinnvolle Nutzung der Wärme von vorhandenen Biomasseanlagen sowohl den klima- und energiepolitischen Zielen der Bundes- und Landesregierung als auch dem Wirtschaftswachstum und der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Region zugute kommt", sagt er.

dradio.de

<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/laenderreport/1018766/>

LÄNDERREPORT

27.08.2009



Tiertransporter mit Schweinen (Bild: AP)

Auf engstem Raum Massentierhaltung in Niedersachsen

Von Christina Selzer

Weil die Verbraucher günstiges Fleisch wollen, ist die Massentierhaltung in Deutschland auf dem Vormarsch - mit drastischen Folgen für die Umwelt und für die Anwohner von Agrarfabriken.

Eine Fahrt ins Emsland ist eine Fahrt ins Land der Schweine- und Hähnchenfabriken. Plattes Land, Weiden, Torffelder, Bauernhöfe. Einfamilienhäuser aus dunkelrotem Klinkerstein. Landidylle. Im 5000-Einwohnerort Wesuwe, bei Meppen, in der Nähe der niederländischen Grenze hat Hermann Wester seinen Hof.

Er will ihn zeigen, und über das Thema Massentierhaltung sprechen - stattdessen nennt er es "Intensiv-Tierhaltung". Die Landwirte sind misstrauisch. Am liebsten würden sie das Wort verbieten. Ihrer Meinung nach berichten die Medien zu schlecht über die großen Mastanlagen.

Herrmann Wester betreibt seinen Hof als Familienbetrieb. Sein Vater baut ihn auf. Als Flüchtling aus den Ostgebieten bekommt er in den 50er-Jahren eine Siedlerstelle. Das läuft über den "Emslandplan" der Bundesregierung, mit dessen Hilfe sich das rückständige Emsland dem Lebensstandard der Bundesrepublik angleichen soll. Mooregebiete werden mit großen Pflügen umgegraben und landwirtschaftlich nutzbar gemacht. Straßen, Bauernhöfe und Dörfer angelegt, alles entsteht aus dem Nichts.

"Damals bewirtschafteten wir das als Familienbetrieb. Wir hatten fünf Kühe, drei Sauen, Heute haben wir bei 40 ha und 130 ha bewirtschafteter Fläche, 110.000 Masthähnchen, 180 Zuchtsauen im geschlossenen System, das heißt, die Ferkel mästen wir in unserem Betrieb."

Herrmann Wester ist stolz auf sein Lebenswerk. Auch heute ist seine komplette Familie im Betrieb: Ehefrau, Sohn und Schwiegertochter. Vor fünf Jahren wird dann der große Hähnchenmaststall gebaut. Für ihn eine Frage des Überlebens.

"Das ist klar: Nur wachsende Betriebe haben ein Chance, sich über die Jahre zu halten, wie unser Betrieb gewachsen ist. Wenn der Generationswechsel auf dem Betrieb anfällt, ein neuer Betriebsleiter in die Fußstapfen tritt, dann muss dringend etwas geschehen."

Seit Jahren steigt die Anzahl der Mastplätze in Niedersachsen. Von den fast 60 Millionen Stallplätzen in Deutschland stehen hier 32 Millionen. Das heißt, jedes zweite Hähnchen, das auf deutschen Tellern landet, kommt aus Niedersachsen.

Der Hähnchenstall, ein langgezogenes einstöckiges Gebäude ohne Fenster, wie man es hier in der Region oft sieht. Drinnen im Vorraum hängt an der Wand ein Apparat, der alle Daten der Tiere anzeigt, die relevant sind.

"Wir können das Gewicht ablesen, und was sie fressen. Im Stall gibt es Waagen. Jetzt rufe ich ab: Futter. Was haben sie heute gefressen. 132 Gramm müssen sie heute, 47,1 Gramm haben sie schon gefressen. Jetzt gehe ich zurück. Gestern haben sie so viel gefressen. Ich kann den Wasserverbrauch kontrollieren. Also in diesem Stall ist alles in Ordnung."

Mit weißem Schutzanzug geht es in den Stall: 27 Grad, 68 Prozent Luftfeuchtigkeit. Der süßlich schwere Geruch ist nichts für empfindliche Nasen. Eine Halle, 1800 Quadratmeter groß. Künstliches Licht, Massen von Tieren: 34.000 Hähnchen, eine unvorstellbar große Zahl. Sie weichen vor den umher gehenden Menschen zurück. Wer sich jemals eine romantische Vorstellung von Landlust und Leben auf dem Bauernhof gemacht hat - hier wird er sie überdenken müssen.

Bauer Wester bahnt sich einen Weg durch die piepende Masse, ab und zu hebt er ein totes Tier auf, wirft es in eine Schubkarre, die am Rand steht.

"Das ist ja die normale Bestandskontrolle, ein paar Tote findet man, das kann ausgelöst sein durch Stress, die normale Geschichte."

Er ärgert sich immer über negative Berichte im Fernsehen, in denen nur solche Bilder gezeigt werden. Dabei sei das nur ein minimaler Prozentsatz.

Liegt alles im Rahmen. Kann man auf einer Tabelle nachlesen, die an der Wand hängt und in die Mitarbeiter täglich die Zahl der toten Hähnchen eintragen. Totalverluste.

"Hier können Sie sehen, 13 am 27. Tag, am 28. Tag 15. Das ist eine ganz normale Ausfallrate, wie man sie kennt. Die Sterblichkeitsrate ist nichts anders als beim Menschen auch."

So ein Hähnchen wird nicht alt. Nur 42 Tage. Das heißt, in dieser Zeit soll es so schnell wie möglich Fleisch ansetzen. Vor allem die beim deutschen Verbraucher so beliebte Brust wird so groß, dass die Hähnchen in ihren letzten Tagen kaum noch laufen oder aufrecht stehen können. Zeit ist Geld. Die Landwirte müssen mit spitzem Bleistift rechnen.

Aber nicht alle können davon leben. Nach Angaben der Landwirtschaftskammer Niedersachsen schreiben nur etwa zwei Drittel der Betriebe schwarze Zahlen. Futter- und Energiekosten sind gestiegen. Die weniger Erfolgreichen können nicht einmal ihre Ausgaben begleichen und zehren von der Substanz.

Dennoch: Die Landwirtschaftskammer macht immer noch Werbung: Bauern sollen auf Intensivtierhaltung umsteigen. Das wird als Erfolgsweg verkauft. Und wenn mehr produziert wird, als in Deutschland gegessen wird, dann wird das Frischfleisch eben ins Ausland exportiert. Darin kann Hermann Wester nicht Schlechtes sehen.

"Wir haben eine Selbstversorgung von 102 Prozent. Wir exportieren über die Grenzen Deutschlands hinaus. Das ist auch gut so. Hier in der Gegend spielt sich was ab. Wir können auf dem Markt mithalten. Die Nachfrage ist hoch."

Für Landwirt Wester liegt der Fall klar auf der Hand. Der Verbraucher will billiges Fleisch, und er bekommt es.

Herrmann Wester hat auch Mastschweine. Sein Hof gehört allerdings nicht zu den ganz großen Betrieben.

Im sogenannten Abferkelungsabteil: In engen Boxen stehen oder liegen Sauen, die vor wenigen Tagen geferkelt haben. Manche säugen ihren quiekenden Nachwuchs. Eisenbügel an den Seiten sollen dafür sorgen, dass die Ferkel nicht vom Muttertier erdrückt werden. Es kann sich kaum bewegen.

Im nächsten Stall stehen Jungschweine in Boxen. Ohne Tageslicht, aber dafür sehr warm. Mit 28 Tagen kommen sie in den Vormaststall.

"Die Temperatur ist vorgegeben, 26 Grad bei der Einstallung, dann wird die Temperatur runtergefahren. Wir haben Bodenheizung, das ist alles klimatisch gesteuert. Unter Bedingungen, die sind besser als in der Wohnstube."

Nur, wenn es warm ist, fressen sie so viel, dass sie innerhalb weniger Wochen ordentlich zunehmen: Jeden Tag 800 Gramm. Innerhalb von vier Monaten wiegen sie 125 Kilo. Mit zwei Monaten kommen sie in den Maststall. Dort zählt nur noch Fressen. Stroh gibt es nicht, stattdessen nackten Betonboden mit Spalten, durch die die Exkremente fallen können. Auf diese Weise muss ein Landwirt nicht einmal täglich ausmisten.

In den Agrarfabriken geht es darum, schell Fleisch zu produzieren. Ums Verkaufen kümmert sich dann Bernd Terhalle von der Erzeugergemeinschaft, in der sich 400 Landwirte zusammengeschlossen haben. Er verkauft Kälber, Mastschweine und Schlachtbullen, sorgt für Logistik und Transport. Und auch Bernd Terhalle ist stolz auf das, was die Bauern aus seiner Region auf die Beine gestellt haben.

"Wenn Sie sich umsehen: Es war mal das Armenhaus, die Emsländer haben ihre Chance genutzt. Sie haben hier viele kleine Gewerbetreibende. Wir hatten den Nachteil, dass wir schlechte Böden hatten und keinen Weizen anbauen konnten. Nur Hafer und Roggen. Dann ist man über die Tierhaltung dazu gekommen, dass man über Veredelung Geld verdienen konnte."

Veredelung. Für den Laien klingt das Wort seltsam. Gemeint ist: Die Herstellung von Fleisch, von der Mast, über den Schlachthof, bis zum Schnitzel im Supermarkt. In Niedersachsen hat sich dort, wo es eine Konzentration der Großbetriebe gibt, ein kompletter Wirtschaftszweig neu gebildet, der an der Massentierhaltung gut verdient. Beratung, Futtermittel, Schlachthöfe, Tierärzte. Ausrüster für Ställe, Brütereien, die die Küken anliefern, die Fangkolonnen, die die Tiere aus den Ställen holen. Schlachtereien, Frostbetriebe, die gesamte Logistik. Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft, dieses Argumente bekommt jeder zu hören, der diese Form der Tierhaltung infrage stellt.

"Wir müssen feststellen, dass deutschlandweit ungefähr 1,8 Millionen neue Schweinehaltungsplätze beantragt sind. Das wäre in Ergänzung zu den 27 Millionen Schweinehaltungsplätzen eine erhebliche Steigerung um sieben Prozent."

Das sagt Reinhild Benning, die Agrarexpertin vom BUND. Denn der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland warnt schon lange vor der Zunahme der Massentierhaltung. Besonders dramatisch ist der Anstieg beim Geflügel. Der derzeitige Bestand von rund 50 Millionen Plätzen für Masthähnchen und 40 Millionen für Legehennen in Deutschland würde sich um rund 30 Prozent erhöhen, wenn alle in den vergangenen drei Jahren beantragten Plätze genehmigt würden. Reinhild Benning vom BUND.

"Hier sind die Märkte gesättigt, daher wollen diese Verarbeitungsindustrien, Molkereien, Schlachtereien in den Export gehen. Sie suchen den Weltmarkt als ihren neuen Absatzmarkt, um sozusagen der Ideologie des Wachstums entsprechen zu können."

Die Folge, warnen die Umweltschützer, ist ein dramatischer Verfall der Erzeugerpreise. Der Präsident der niedersächsischen Landwirtschaftskammer, Johann Arndt Meyer zu Wehdel, selbst Betreiber einer Mastanlage, kennt die Argumente der Gegner und verteidigt die Massentierhaltung, die er selbst selbstverständlich Intensivtierhaltung nennt.

"Unsere Welt ist global, die Verbraucher kaufen global ein. Wenn wir uns die Tierbestände anschauen, dann haben wir in Deutschland kleine Bestände. Ein Bestand von 150 Hühnern ist zwar nett, aber es ist eine Illusion zu glauben, dass wir in den Supermärkten damit auch nur ein Regal füllen können. Das sind die Größenordnungen. Entweder werden wir den Erwartungen und Standards gerecht, auch denen der großen Händlerketten, oder wir sind raus, dann kommt es eben aus Thailand oder Brasilien."

Wolfgang Apel bringen solche Argumente auf die Palme. Der Präsident des deutschen Tierschutzbundes kämpft schon seit Jahren gegen alle Formen der Massentierhaltung. Für ihn ist ein fataler Irrtum, auf Masse zu setzen. Vielversprechender für die Zukunft sind regionale Märkte und biologische Produkte. Dadurch werden kleinere mittelständische Betriebe überleben, und es müssten nicht Großfabriken gebaut werden. Ein Weg für Landwirte wäre zum Beispiel, sich Neuland anzuschließen, dem Verein für tiergerechte und umweltfreundliche Nutztierhaltung.

"Die Neulandbauern sind auch ein Wagnis eingegangen, vor 20 Jahren, als wir Neuland

gegründet haben. Da haben wir gewusst, dass wir Verbraucher brauchen. Sie sind da! Allein in Berlin verkaufen die ihre Produkte. Die Landwirte haben ihre Höfe umgebaut, auch alte Höfe, was nicht so einfach war. Und es hat sich gezeigt: Es lohnt sich, man kann davon leben."

200 Betriebe, meist aus Norddeutschland liefern an Neuland.

"Da werden die Tiere artgerecht gehalten, mit Stroh und Auslauf. Das will ich jedem Huhn, Schwein zubilligen."

Johann Arndt Meyer zu Wehdel von der Landwirtschaftskammer behauptet dagegen, moderne Stallanlagen seien viel besser für die Tiere.

"Mir muss keiner mehr mit Stroh kommen. Das ist ein Wahnsinn! Eine Zumutung für die Schweine, bei Hitze in Strohställen. Sie kriegen den Gestank nicht raus. Dazu gehört ein gut klimatisierter Spaltenboden. Dazu gehört im Winter eine gute Heizung und im Sommer gibt es Kühleinrichtungen."

Der Tierschützer Wolfgang Apel hält dagegen: Tragende Sauen haben keinen Platz, stehen in engen Eisenkästen, sie müssen ihren Trieb zum Nestbau unterdrücken.

"Männliche Ferkel werden ohne Betäubung kastriert, man muss ihnen die Zähne abschneiden, damit sie sich nicht verletzen. Daraus entstehen Verhaltensstörungen. Es werden ihnen die Schwänze gekürzt, damit sie sich nicht verletzen. Wenn sie in eine Schweinebox gucken, in dieser Enge, auch den Spaltenböden, da ist die Gefahr hoch, dass sie sich an den Füßen verletzen."

Die Liste der Beschwerden ist lang: Viele Hähnchen haben verkrüppelte Fußballen und humpeln, sterben an Herz-Kreislaufkrankungen oder Leberschäden. Hühner können nicht scharren, picken, laufen. Es gibt im Kunstlicht keinen Tag/Nacht-Wechsel. Für Wolfgang Apel vom Tierschutzbund ist das alles nicht akzeptabel.

"Wenn ich die tierquälerische Intensivtierhaltung sehe, dann sehe ich, dass auf die Bedürfnisse der Tier keine Rücksicht genommen wird. Es handelt sich nur um Material, die Tiere haben keinen Auslauf, kurz vor Mastende können sie nicht mehr stehen, dann ist der Stall so voll. Für jemanden, der sich ein Hühnchen an der Ecke kauft, ist es nicht erkennbar, wie das Hühnchen gelitten hat. Das ist nicht tiergerecht. Ich kämpfe weiter dagegen."

Auch für die Umwelt ergeben sich laut BUND aus der Massentierhaltung große Probleme. Schon jetzt beeinträchtigt die Nitratbelastung, hervorgerufen durch Gülle und Dünger, die Gewässer und das Grundwasser, sagt Tilman Uhlenhaut vom BUND Niedersachsen.

"Wir haben hier jährlich 19.000 Tonnen Stickstoffnitratüberschuss, der ins Grundwasser geht. Damit kann die Landesregierung nicht umgehen, aber gleichzeitig werden immer mehr Massentierhaltungen gebaut und werden über Importfutter die Stickstoffe hier reingeholt. Wir haben also auf 59 Prozent der Flächen in Niedersachsen, das sagt sogar das niedersächsische Umweltministerium, schlechtes Wasser."

Dort, wo die Konzentration der Intensivtierhaltung am höchsten ist, sind auch die Folgen schon seit vielen Jahren spürbar.

"Für die Anwohner, vor allem in Niedersachsen, ergibt sich das Problem, dass viel Gülle, Geruchsemissionen, und Staub anfällt."

Da die Großbetriebe immer näher an Wohngebiete heranrücken und damit die Geruchs- und Staubbelästigung zunehmen, gründen sich immer mehr Bürgerinitiativen.

Im idyllischen Ort Etelsen in Niedersachsen, 20 Kilometer von Bremen entfernt, soll zum Beispiel der größte Hähnchenmaststall in Niedersachsen entstehen. Mit 100.000 Mastplätzen.

Einen Stall mit 25.000 Hähnchen gibt es bereits. Die Anwohner kämpfen gegen den neuen Stall und haben eine Bürgerinitiative gegründet. Dazu gehört auch Andrea Arndt, die ein Lied davon singen kann, was es bedeutet, sich im Sommer nicht mehr im eigenen Garten aufhalten zu können.

"Es ist ein süßlicher Geruch, schwer zu beschreiben. Wenn man dichter rangeht, riecht es nach Ammoniak, sehr unangenehm."

Andrea Arndt sitzt bei ihren Nachbarn. Norbert Krüler nickt heftig. Auch er ist genervt.

"Man möchte sich übergeben, es gab Situationen, wo wir im Sommer das Fenster nicht aufmachen konnten, weil die Luken im Stall aufgemacht wurden. Den armen Geschöpfen gönne ich ja die frische Luft. Aber wir mussten dann in der Hitze nachts bei geschlossenem Fenster schlafen."

Vor 15 Jahren, Norbert Krüler und seine Frau Petra ziehen aufs Land, sie haben das Stadtleben satt. Sie wollen Natur, gute Luft. Dass es einmal so kommt, damit rechnen sie damals nicht. Inzwischen sind sie sogar - gezwungenermaßen - Experten in Sachen Hühnermist, erzählt Petra Krüler.

"Wir haben uns anfangs gefragt, woher der Gestank kommt. Vorher konnten wir natürlich keinen Mist unterscheiden. Jetzt kennen wir den Unterschied zwischen Hühner-, Schweine- und Kuhmist. Man findet immer wieder einen Haufen. Die stinken! Und ich kann mir nicht vorstellen, dass das für Boden und Grundwasser gut ist, man weiß ja, dass die Böden gnadenlos überdüngt werden."

Die Krülers und die anderen Mitglieder der Bürgerinitiative machen sich Sorgen, ihre Häuser könnten ihren Wert verlieren, in der Nähe eines Riesenmaststalls mit Gestank und dem An- und Abtransport. Lkws poltern regelmäßig durch die kleinen Dorfstraßen. Das Verkehrsaufkommen wird dann noch höher. Und sie bekommen Staub und Gestank ab:

"Für Geflügelställe gibt es keine zertifizierten Filter. Bei Hühnern haben sie viel mehr Staub und Geruchsemissionen. Es gab auch mal ein Rechenbeispiel der Landwirtschaftskammer. Unterm Strich kam raus, dass es sich für einen Landwirt kaum lohnt, einen teuren Filter einzubauen, weil die Wartungskosten so hoch sind, dass sie seinen Gewinn auffressen."

Zurzeit wird das Antragsverfahren neu überprüft. Deshalb hoffen die Bürger aus Etelsen jetzt doch noch, dass der Kelch an ihnen vorübergehen wird. Doch auch wenn immer mehr Bürgerinitiativen gegen neue Mastanlagen kämpfen - die vielen Neuanträge weisen nicht auf ein grundlegendes Umdenken in der Landwirtschaft hin.

Der Konflikt scheint kaum lösbar zu sein. Auf der einen Seite stehen die Landwirte aus den strukturschwachen Gegenden Niedersachsens, die zu Agrarindustriellen geworden sind und

diesen Weg trotzig verteidigen. Auf der anderen Seite Anwohner, Tier- und Umweltschützer, die diese Form der Landwirtschaft für schädlich halten. Dazwischen: der Verbraucher. Das unbekannte Wesen. Eines ist über ihn bekannt: Er ist empfindlich, wenn ihm unschöne Fernsehbilder aus Massentierhaltungen und Schlachthöfen gezeigt werden. Doch über ihn ist auch bekannt, dass er nur wenig Geld für Lebensmittel ausgeben möchte.

In der sogenannten Intensivtierhaltung werden beim Tierschutz lediglich die Mindeststandards eingehalten, räumt auch das niedersächsische Landesamt für Verbraucherschutz ein. Mehr nicht. Wer billiges Fleisch kauft, heißt es dort, fördert die Massenproduktion.

Lingener Tagespost

22.07.2010

Schweineerei: Gereon lernt in Dänemark

kr Lengerich.

Die Anforderungen an die künftigen Landwirtegenerationen als Agrarunternehmer werden sich vom heutigen Berufsbild gravierend unterscheiden. Der Berufsstand muss zunehmend für den globalen Markt produzieren. Dabei sind internationales Denken und Handeln eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg.



Diese Perspektiven erläuterten Studiendirektor Franz-Josef Ull, Agrar-Koordinator an den Berufsbildenden Schulen (BBS), Fachrichtung Land- und Hauswirtschaft in Lingen sowie Paul Schulte, Bildungsbeauftragter der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Außenstelle Meppen, in einem Gespräch mit unserer Zeitung.

Schweine bestimmen das künftige berufliche Leben von Gereon Albers (Zweiter von links). Über die Entscheidung „pro Dänemark“ für ein Jahr freuen sich (von links) Paul Schulte, Vater Friedhelm Albers un

Hintergrund für das Pressegespräch war die Entscheidung von Gereon Albers aus Lengerich, das zweite Ausbildungsjahr zum Landwirt auf einem Großbetrieb in Dänemark zu absolvieren. „Gereon ist im Bereich des Altkreises Lingen der erste Jugendliche, der diesen Weg gehen will und somit Vorbildcharakter für andere Jugendliche hat“, betonte Ull.

Der 17-jährige Lengericher hat nach der Realschule das erste Ausbildungsjahr in der Berufsfachschule Agrarwirtschaft absolviert. „Ich bin fest davon überzeugt, dass Gereon das packt“, so Ull. Diese Entscheidung sei für einen 17-Jährigen beachtlich.

Langfristiges Ziel des Azubis ist es, den elterlichen Betrieb einmal fortzuführen, freut sich Vater Friedhelm Albers (49) über die Entscheidung seines Sohnes. Albers hat sich auf die Ferkelerzeugung spezialisiert und hält derzeit 230 Sauen. „Wir sind dabei, unseren Sauenbestand weiter auszubauen und auf die dänische Genetik umzustellen“, investiert die

Lengericher Familie in die Zukunft des Betriebes. Im Spätsommer soll noch ein Maststall im Außenbereich errichtet werden, um somit das „geschlossene System“ (Zucht und Mast) zu realisieren.

Im künftigen dänischen Ausbildungsbetrieb in Christiansfeld, etwa 50 Kilometer hinter der Grenze, hat man sich auf die Jungsauenvermehrung spezialisiert. Es werden 750 Sauen gehalten. Zudem betreibt der Landwirt Ackerbau auf 150 Hektar. Unterstützt wird er dabei von drei festen Mitarbeitern und mehreren Aushilfen, schildert Gereon seine ersten Kenntnisse über den neuen Arbeitsplatz.

Nach Darstellung von Paul Schulte handelt es sich um ein einjähriges Praktikum, das auf die Lehrzeit angerechnet wird. „Wir empfehlen dem Berufsnachwuchs ausdrücklich: Geht mal raus, versucht über den Tellerrand zu blicken und etwas Neues zu sehen und zu lernen.“

Man könne so andere Techniken und Produktionsverfahren kennenlernen und diese später einmal auf den eigenen Betrieb übertragen.

Selbstverständlich muss Gereon die schulischen Leistungen erbringen. Dafür hat er sich die entsprechenden Unterlagen von einem Freund besorgt. Für Prüfungen und überbetriebliche Lehrgänge nimmt er Urlaub und kommt nach Lengerich.

„Für die BBS ist dies Neuland“, betonte Ull. „Wir müssen sehen, in welcher Form wir den Schüler über das Internet unterstützen können.“

Nach Dänemark wird Gereon das dritte Ausbildungsjahr in einem Schweine- und Hähnchenmastbetrieb in Merzen absolvieren, um die Ausbildung danach mit der zweijährigen Fachschule als „Staatlich geprüfter Betriebswirt“ mit Ausbildereignung und allgemeiner Fachhochschulreife abzuschließen.

Volksstimme

URL:

http://www.volksstimme.de/vsm/nachrichten/lokalausgaben/oschersleben/?em_cnt=1769867

Blick hinter die Kulissen einer Hähnchenmastanlage Bahrendorfer besuchten holländischen Betrieb

Von Yvonne Heyer



[Klaus Herrmann und Manfred Hegenbarth besuchten mit anderen Bahrendorfern eine holländische Hähnchenmast. Foto: Y. Heyer](#)

Bekanntlich soll am Ortsrand von Stemmern eine Hähnchenmastanlage gebaut werden. Dieses Thema wird seit Monaten auch in anderen Orten der Gemeinde Sülzetal diskutiert. Und wie immer gibt es ein Für und ein Wider. Auf der einen Seite gibt es eine rührige Bürgerinitiative, die gegen die geplante Anlage mobil macht, auf der anderen Seite gibt es Bürger, die sich kürzlich auf den Weg machten, um sich eine gleichartige Anlage in Holland anzuschauen.

Bahrendorf. Manfred Hegenbarth betreibt eine kleine Gaststätte in Bahrendorf. Klar, während der Stammtischgespräche stand und steht auch die geplante Hähnchenmastanlage am Ortsrand von Stemmern immer wieder zur Debatte.

Im vergangenen Jahr war das Vorhaben vom holländischen Investor Gerritt Tonkens vorgestellt worden. Weit mehr als drei Millionen Hähnchen sollen in der geplanten Anlage pro Jahr gemästet werden.

"Immer wieder wurde das Thema hier am Stammtisch diskutiert, das Für und Wider abgewogen. Schließlich kamen wir auf die Idee, uns in Holland eine derartige Anlage anzuschauen. So wie es der Investor während einer Bürgerversammlung angeboten hatte. Wir wollten uns einfach mal ein Bild machen, wie derartige Anlagen aussehen, ob es riecht", berichteten die Bahrendorfer Manfred Hegenbarth und Klaus Herrmann.

Gemeinsam mit Gerd Schlieter, Werner Dammaß und Gerd Engelhardt wandten sich die Männer an Gerritt Tonkens mit ihrem Anliegen. Für ihn war das kein Problem, im Gegenteil, er freute sich über das Interesse, wie er der Volksstimme auf Nachfrage berichtete. Sicher hätte er sich auch gewünscht, dass noch mehr Bürger von seinem Angebot Gebrauch machen würden. "Wobei wir heute nicht mehr bis Holland fahren müssten, es gibt auch in der Region Anlagen, die wir hätten besichtigen können", so Tonkens.

Der Landwirt organisierte einen Termin, ein Fahrzeug und schließlich starteten die fünf Bahrendorfer in Richtung Holland. Ihr Ziel lag in Nordholland, in der Nähe von Groningen. Besucht wurde die Hähnchenmastanlage einer Familie Jäger. Sie hat in etwa dieselbe Größenordnung wie die bei Stemmern geplante. Allerdings verteilen sich die Tierplätze auf insgesamt vier Ställe. Ein Stall befindet sich mitten im Ort, die anderen etwas außerhalb. Die Anlage der Familie Jäger gibt es seit neun Jahren.

"Ich bin vor drei Jahren aus der Stadt auf das Land gezogen. Mir war es also schon wichtig, selbst zu sehen oder zu erfahren, was uns mit einer Hähnchenmastanlage dieser Größenordnung vor der Haustür erwartet. Doch ich muss sagen, dass ich dort in Holland nichts gefunden habe, was mich stören würde, vor allem gab es keine Geruchsbelästigung, auch nicht mitten im Ort", betont Klaus Herrmann.

"Wir konnten vor Ort selbst entscheiden, welchen Stall wir uns anschauen wollen. Es war kein Stall für uns eigens vorbereitet worden", so Manfred Hegenbarth. "Über große Scheiben konnten wir in die Ställe schauen und erleben, dass die Hühner sich bewegten, einen gesunden Eindruck machten, gesund sind, verendete Tiere haben wir nicht gesehen", berichten die Bahrendorfer. Manfred Hegenbarth hat im Internet recherchiert, dass Deutschland noch immer einen großen Teil an Hühnerfleisch importieren muss.

"Mir ist es lieber, kontrolliertes Hühnerfleisch, dass hier produziert wurde, zu kaufen. "Und wir sollten nicht vergessen, dass auch einige Arbeitsplätze in der Hähnchenmastanlage entstehen", meint Klaus Herrmann.

Wie Gerritt Tonkens berichtet befindet sich die Stemmersche Hähnchenmastanlage derzeit in der Genehmigungsphase.

[document info]

Copyright © Volksstimme.de 2010

Dokument erstellt am 24.07.2010 um 05:55:29 Uhr

Erscheinungsdatum 24.07.2010 | Ausgabe: ocx

Nordkurier

Artikel vom 23.07.2010

Backhaus: "MV darf nicht nur Urlaubsland sein"

Schwerin (nk). Widerstand auf dem Acker gegen die grüne Gentechnik, Bodenpreise, jenseits von Gut und Böse, Milchgeld, das kein Auskommen mehr sichert: die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern steht vor der Neuordnung. Im großen Sommerinterview unserer Zeitung sprach Torsten Roth dazu mit Landwirtschaftsminister Till Backhaus (SPD).



Till Backhaus der dienstältesten Minister im Kabinet. Foto: Cordes

Sie sind seit zwölf Jahren am Kabinetttisch. Jetzt bekommt man wie gerade bei der Neuordnung der Landwirtschafts- und Umweltämter den Eindruck, dass Sie nicht mehr den besten Stand haben. Ist Ihnen der Rückhalt verloren gegangen?

Im Gegenteil. Ich habe mich mit der Vierer-Ämter-Struktur durchsetzen können. Noch im Januar wollte die CDU sämtliche Aufgaben der Ämter kommunalisieren. Entscheidend ist, dass die Aufgaben, die meinem Haus zugeordnet sind, beim Land bleiben. Meine Linie wurde damit eindeutig bestätigt.

Die Struktur steht seit 1. Juli. Mit der Kreisfrage sollte über die Standorte entschieden werden. Wo kommen die Ämter jetzt hin?

Im Kabinett werden wir darüber spätestens im September/Oktober entscheiden. Es muss Hilfe für die Städte geben, die die Kreissitze verloren haben. Berücksichtigt werden müssen die Einzugsbereiche. Wenn wir elf Ämter hatten und jetzt vier bekommen, dann kann man nicht jeden glücklich machen. Zu bedenken ist auch, dass die Mitarbeiter in den Ämtern zum Teil drei Reformen hinter sich haben. Es liegt nahe, dass man sich für zentrale Orte entscheidet, die für Bürger und Mitarbeiter gut erreichbar sind.

Vier Jahre rot-schwarz in MV: Ihre Tops und Flops?

Die größte Herausforderung war Zusammenführung der beiden Ministerien zu einem Lebensministerium, das mit seinen Themen jeden privaten Haushalt berührt. Wir hüten die wichtigsten Lebensgrundlagen. Das war eine Herkulesaufgabe, im Übrigen nur mit einem Staatssekretär. Wir haben die Natura-2000-Gebietsmeldung durchbekommen. Rund 34 Prozent der Landesfläche stehen nun unter diesem Schutz. Wir sind dabei, an der Peene einen weiteren Naturpark zu schaffen. Wir wollen zwei Gebiete ins Weltnaturerbe aufnehmen lassen. Die neue Ämterstruktur und die Entwicklung der Landesforstanstalt sind weitere Pluspunkte. In der Debatte um die Gentechnik sind wir hingegen nicht weitergekommen.

Europa geht auf die Länder zu. Kommt das Gen-Anbauverbot?

Das hängt von der Bundesministerin ab. Für das Gesundheitsland MV, für diesen wichtigen Agrarstandort, brauchen wir die Gentechnik eigentlich nicht.

Bislang plädierten Sie für die Koexistenz der beiden Produktionsmethoden.

Wir haben es mit Ideologie zu tun. Die einen sagen, Gentechnik ist das heilsbringende, die anderen sagen, das ist Teufelszeug. Ich komme immer mehr zu der Erkenntnis, dass bei einem großflächigen Anbau die Frage der Koexistenz nicht zu lösen ist. Die Wahlfreiheit für Erzeuger wie Konsumenten, gentechnikfreie Produkte zu erzeugen bzw. zu konsumieren, kann somit kaum durchgesetzt werden. Aber wir müssen forschen dürfen. Denn, wie sich die Gentechnik langfristig auswirkt, da gibt es viele offene Fragen. Wenn die Bundesministerin Ilse Aigner auf der einen Seite den Anbau des Genmais MON 810 verbietet, später aber die Amflora-Kartoffel zulässt, obwohl die Anbauverordnung bis heute nicht vorliegt, dann frage ich mich, wird hier durch die bayrische Brille geblickt? Nach dem Motto: Es ist in Ordnung, solange die Unternehmen nicht in Bayern anbauen lässt, sondern nur in MV.

Was macht die Amflora gefährlich?

Frau Aigner ist dringend aufgefordert, den Anbau zu überprüfen und eine einheitliche Lösungen für das gesamte Bundesgebiet zu

schaffen. Die Gen-Kartoffel gefährdet die einzigen Gesundlagen in Deutschland, weil die Amflora einen erhöhten Virusbefall hat. Gesundlagen gibt es in Europa nur noch zwei: in Schottland und in MV. Wozu brauchen wir diese Kartoffel, wenn die Züchterhäuser sie ablehnen, die Verarbeiter dem Handel den Verzicht erklärt haben, wenn die Kartoffel in Deutschland gar nicht verarbeitet werden soll, sondern wir für BASF nur die verlängerte Werkbank sind. Im September werde ich zu einem Gen-Gipfel einladen.

Linken-Fraktionschef Holter kritisiert Ihre Ansiedlungspolitik für neue Ställe. Passen neue Anlagen mit all ihren Belastungen für Menschen und Umwelt ins Tourismus- und Gesundheitsland MV?

MV darf nicht nur Urlaubsland sein. Es wird verkannt, dass die Land- und Ernährungswirtschaft, Forst und Fischerei ein Zweig mit einem Umsatz von acht Milliarden Euro ist. Erst dann kommt der Tourismus mit 3,8 Milliarden, der Schiffbau mit 1,8 Milliarden. Wir leben in einer Wohlstandsgesellschaft, in der es selbstverständlich ist, dass Lebensmittel im Überfluss vorhanden sind. Das Desaster rührt von der gestärkten Marktposition der Discounter her. Der Verbraucher stimmt an der Kasse ab. Lebensmittel haben wenig Wert und werden in Europa als Inflationsbremse Nummer eins eingesetzt. Das Wesen der Landwirtschaft ist aber die Kreislaufwirtschaft – aus Getreide, Wurst oder Fleisch zu produzieren.

Das weiß der Bauer auch, warum stehen nicht mehr Tiere im Stall?

Es sind einzelbetriebliche Entscheidungen zwischen Marktfrucht- und Tierhaltungsbetrieb zu wählen. Die Frage ist, wie wird die Leistung, Tiere art- und umweltverträglich zu halten, vergütet. Für Milch bekommen die Bauern 28 Cent, das ist nicht kostendeckend.

Der Eindruck: Sie bevorteilen große Anlagen. Was haben Sie gegen kleinere Ställe?

Ich möchte, dass der Landwirt, der den Grund und Boden bewirtschaftet, die entsprechenden Tiere auf der Fläche hält, unabhängig von der Größe. Ökologisch, ökonomisch und sozial verantwortbar ist, dass in MV Tiere zwischen einer bis zwei Großvieheinheiten je Hektar gehalten werden – wir liegen derzeit bei 0,38. Wenn wir uns am Tierbestand von Schleswig-Holstein oder Niedersachsen orientieren, könnten wir auf Schlag 40 000 Menschen in der Landwirtschaft und Verarbeitung mehr beschäftigen.

Was kann Politik dazu tun?

Wir können durch die Vergabe von Land an Bauern, die vor Ort wirtschaften, beim Aufbau von Veredlungsstrukturen helfen. Aber: Wir haben eine Entfremdung zwischen der realen Wirtschaft und der Bevölkerung, die kaum noch Bezug zur Landwirtschaft hat. Egal, ob der Hahn kräht, ein Windrad gebaut oder ein Stall geplant

wird – der Protest richtet sich gegen Anlagen mit 200 Hühnern genauso wie gegen Großanlagen mit 100 000 Schweinen. Diese Stallgrößen sind nicht richtig. Die sind sehr scharf zu prüfen. Zuständig für die Genehmigung ist aber das Wirtschaftsministerium. Solche Genehmigungsverfahren sind mit Verfahren für ein Steinkohlekraftwerk oder eine Autobahn zu vergleichen. Aber die Kritik von Linken-Fraktionschef Holter an der Einordnung der Ställe greift ins Leere. Das ist Populismus. Das Raumordnungsgesetz ist unter Federführung des Ex-Bauministers Holter und dem damaligen Umweltminister Methling gemacht worden. Wir werden prüfen, ob wir zu weiteren Einschränkungen kommen müssen.

Das Kohlekraftwerk ist durch die SPD nicht gerade befördert worden.

Ich lasse mir nicht nachsagen, ich sei unredlich mit den Interessen des Landes umgegangen. Ich habe immer gesagt, wir brauchen ein rechtstaatliches Verfahren. Dass der Antragssteller aufgegeben hat, ist eine unternehmerische Entscheidung. Noch ist das Verfahren nicht abgeschlossen. Aber bis heute, nach fast zwei Jahren, fehlen die entsprechenden Unterlagen. Ich habe für den 1. August ein Ultimatum gestellt, entweder es werden bis dahin die fehlenden Unterlagen nachgereicht, oder wir entscheiden nach Aktenlage. Und danach ist das Kraftwerk nicht genehmigungsfähig.

Sie haben sich gegen die Bodenverkaufspraxis des Bundes zu Maximalpreisen gewehrt. Jetzt gibt es neue Privatisierungsgrundsätze und die Preise sind so hoch wie zuvor. Was läuft da verkehrt?

Die Bodenpreise der BVVG folgen grundsätzlich der allgemeinen Bodenpreisentwicklung. Diese sind nicht zuletzt als Folge der Finanzkrise gerade in den vergangenen zwei Jahren stark angestiegen. Aber auch die Bauern selbst dürfen den Markt nicht durch überzogene Gebote weiter anheizen. In den letzten 20 Jahren hat die Landwirtschaft in MV 1,7 Milliarden Euro in den Kauf von Boden gesteckt, und eben nicht in die Veredelungsproduktion. Das ist totes Inventar. Die Privatisierung des Bodens ist ein Kardinalfehler. Man hätte die Flächen langfristig verpachten sollen.

Sind alle Messen gesungen?

In den Privatisierungsgrundsätzen konnten wir durchsetzen, dass in Streitfällen neutrale Gutachter ein Wertgutachten erstellen. Wenn die Dinge aus dem Ruder laufen, ziehen wir diese Option. Es gab gerade wieder einen Fall, bei dem 24 000 Euro für einen Hektar verlangt wurden. Das muss überprüft werden. 1991 hat der Hektar mal 2271 Euro je Hektar gekostet, 2009 lag der Preis am Markt bei 7049 Euro. Bei der BVVG waren es 2009 sogar 9859 Euro. Da stimmen die Verhältnisse nicht mehr.

Sie verhängen ein Fangverbot für Aal und heben es auf. Jetzt wollen Sie Kunden, die größere Mengen kaufen, registrieren

lassen. Haben Sie etwas gegen Aal?

Nein, ich esse auch Aal. Der Hintergrund ist eine EU-Verordnung und das Washingtoner Artenschutzübereinkommens. Die EU-Vorschriften sind in deutsches Recht überführt worden. Jetzt setzen die Länder es um. Der Aal ist vom Aussterben bedroht. Es ist also kein Alleingang, das gilt für alle Bundesländer. Die Registrierung gilt für die, die Aal für mehr als 250 Euro kaufen.

In einem Jahr wird gewählt. Vorausgesetzt die SPD bleibt am Ruder, wollen Sie auch nach dann 13 Jahren im Amt des Landwirtschaftsministers weitermachen?

13 ist für mich eine Glückszahl. Das hängt nicht von mir ab, sondern vom Wahlergebnis. Ich habe ein Ziel, das die SPD stärkste Kraft bleibt und bin natürlich weiterhin hochmotiviert.

Lausitzer Rundschau

22.07.2010

Minister schnuppert Landluft

Dresden Mit schnellen Handgriffen schraubt Agrarminister Frank Kupfer (CDU) ein Schild mit einer Auszeichnung für vorbildliche Haltung an das Tor der Hähnchenmastanlage in Skäßchen. Es ist eine von vier Stationen seiner Tour durch die sächsische Landwirtschaft, auf der der Minister für den Ausbau der Tierproduktion wirbt.

22.07.2010

Zwei Drittel der rund 7000 Agrarbetriebe im Freistaat widmen sich der Tierhaltung, aus Sicht von Kupfer sind das zu wenig. Die Erzeugung von Milch, Eiern, Rind- und Schweinefleisch sichere die Existenz von Betrieben und sei »der wichtigste Arbeitgeber im ländlichen Raum«, sagt der CDU-Politiker. Die Hähnchenmastanlage im Großenhainer Ortsteil Skäßchen hat fast 40 000 Mastplätze und soll weiter wachsen. Bis Ende 2011 will der Niederländer Marco Steinz die Anlage auf eine Viertel Million Plätze erweitern. Ein neuer Stall ist bereits im Bau. In dem Wettbewerb um tiergerechte und umweltverträgliche Haltung von Geflügel des Agrarministeriums wurden neben Steinz zwei weitere Tierhalter ausgezeichnet. Nur vier hatten sich beworben. In der Schweineproduktion ist die Situation ähnlich. Dies zeigt ein weiteres Anliegen des Ministers auf, denn von vielen Tierproduzenten wird die Öffentlichkeit noch gescheut.

Die Sensibilität der Bevölkerung für die Landwirtschaft und dafür, wie Lebensmittel hergestellt werden, ist nach Einschätzung von Kupfer auf dem Nullpunkt. Deshalb will er Landwirte ermutigen, die Türen ihrer Höfe zu öffnen, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, sie hätten etwas zu verbergen. Kupfer verweist auf die hohen Standards für die Tierhaltung, deren Einhaltung durch ein dichtes Kontrollsystem überwacht werde.

Vorstellungen von vermeintlich glücklichen Hühnern, die auf einem Hof im Mist scharren, sind nach Kupfers Worten längst überholt. Überzeugt sagt er: »Tierhaltung in größeren Beständen ist in Sachsen art-, tier- und umweltgerecht.« Das Wort Massentierhaltung will er nicht verwenden, weil das zu wertend sei.

Von Romy Richter

Aachener Nachrichten



In Vettweiß will man die Massenzucht von Shrimps verhindern
(bugi) > 16.07.2010, 09:36

Vettweiß. Die Massentierzucht in den Kommunen des Kreises ist umstritten. In Müddersheim hatte sich eine Bürgerinitiative gegründet, um die letztlich genehmigte Hähnchenmastanlage zu verhindern. In der Stadt Linnich wurde ebenfalls einen Hähnchenmastanlage von Bürgern bekämpft. Dort liegt inzwischen ein neuer Antrag des Betreibers vor.

Zusätzlich zur Hähnchenmastanlage ist nun auch eine Shrimpszucht beantragt. 30.000 Kilogramm Shrimps sollen dann jährlich dort in einer Halle produziert werden. Es wäre der dritte Betrieb für Massentierzucht, weil es auch noch eine Putenmastanlage gibt.

Die Befürchtung der Politik: Da entwickelt sich ein Industriekomplex, der nicht mehr eingedämmt werden kann. also überlegt man in Linnich nun, dem wenigstens einen Rahmen zu geben und Zonen für die Industrielle Massentierzucht auszuweisen, um nicht gleich an mehreren Stellen im Stadtgebiet Anlagen genehmigen zu müssen.

Ist das auch ein Beispiel für möglicherweise noch drohende Anlagen von Massentierzucht in der Gemeinde Vettweiß?

Nein, sagt Bürgermeister Josef Kranz. «Unsere Beschlusslage ist klar: Eine gewerbliche Tierhaltung wird es nur geben, wenn die Zustimmung der Gemeinde vorliegt.»

Die Ausweisung von Konzentrationsflächen hält Kranz deswegen auch für problematisch. Zum einen sei sie rechtlich vage, viel wichtiger sei aber: «Ich will doch gar keine Flächen, wo ich dann auch einen Betrieb ansiedeln muss.»

Anders sieht es in Vettweiß allerdings bei der landwirtschaftlich betriebenen Zucht aus. «Wenn ein landwirtschaftlicher Betrieb mit einer Anfrage kommt, wollen wir das nicht verhindern», sagt Kranz deutlich.

Könnte dann auch - wie in Linnich - neben der Hähnchenmastanlage noch eine Shrimps-Zucht draufgesattelt werden?

Eher nicht. «Wenn man 80.000 Hähnchen mästen will, muss man als landwirtschaftlicher Betrieb auch die Flächen für die Futterproduktion nachweisen können. Und die seien nun mal begrenzt, sagt Kranz.

europaticker: Grillsaison: Vegetarisches auf den Rost Rezeptportal bietet fleischfreie Alternativen

Mit dem Hochsommer fest verbunden ist für Viele das Grillen. Meist landet Fleisch auf den Rosten. Der Bundesverband Menschen für Tierrechte appelliert an die Verbraucher, fleischlose Alternativen zu Steaks, Bratwurst und Co. zu kosten. Denn mit dem Fleischkonsum ist neben den ökologischen Auswirkungen millionenfaches Tierleid verbunden. Anregungen bietet der Verband auf seinem Rezeptportal www.culinaria-vegan.de.

Hawai-Spieße mit Ananas und Zitronenthymian, Auberginen-Zucchini-Rollmöpfe, marinierte Seitansteaks oder Grill-Bananen mit Curry-Sauce zum Dessert – das Rezeptportal [culinaria-vegan](http://culinaria-vegan.de) will Appetit auf Alternativen machen und zeigt auch gleich wie es geht. Für diejenigen, die keine Zeit für Zubereitung mitbringen, serviert der Bundesverband mit seinem Portal auch Informationen über fertige Alternativen. Denn vegetarische Würstchen, Steaks, Burger oder fertige Grillmischungen werden mittlerweile auch in Supermärkten, Reformhäusern, Bioläden und über Internet-Shops angeboten. Einige Versand-Anbieter sind verlinkt.

Der Verband weist darauf hin, dass ein Umdenken in der Ernährung aus ökologischen und ethischen Gründen notwendig ist. Allein in Deutschland werden jährlich über 332 Millionen Masthühner, 43 Millionen Schweine, 3,8 Millionen Rinder und 420.000 Kälber für unsere Ernährung getötet. Gehalten werden die meisten Tiere in industriell geprägten Mastanlagen. Masthühner sowie Puten werden auf kleinste Bodenflächen zusammengedrängt; Herz-Kreislaufkrankungen und schmerzhaftes Skelett-Deformationen sind an der Tagesordnung, entsprechend hohe Todesraten einkalkuliert. Schweine werden in Großbetriebe mit bis zu 60.000 Tieren gesperrt. Diese beengte unnatürliche Haltung ohne artgemäßes Sozialleben und Beschäftigung führt u.a. zu Gelenk- und Muskelkrankheiten, Kreislaufschwäche und Verhaltensstörungen. Männliche Ferkel werden immer noch legal ohne jede Betäubung kastriert. Der Transport zum Schlachthof findet häufig unter katastrophalen Bedingungen statt. In den hochmodernen Akkord-Schlachtfabriken kommt es oft vor, dass die Tiere nur unzureichend betäubt werden. Das heißt: sie erleben den Tötungsschnitt und die anschließenden Stationen im Schlachtvorgang, wie z. B. das Abbrühen in heißem Wasser oder das Rupfen, bewusst mit.

Internetportal, Grillrezepte: www.culinaria-vegan.de

(Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V.)



Quelle/Autor: *Europaticker*
erschiene am: 2010-07-22

Teilregionalplan soll Zukunft bäuerlicher Betriebe sichern

Von Schwarzwälder-Bote, aktualisiert am 23.07.2010 um 16:48

Nordschwarzwald. Ein Teilregionalplan Landwirtschaft soll ein Beitrag zur Zukunftssicherung bäuerlicher Betriebe in der Region Nordschwarzwald sein. Darin sind sich die CDU-Regionalverbandsfraktion Nordschwarzwald sowie die Vertreter der Kreisbauernverbände Enzkreis, Pforzheim, Calw und Freudenstadt einig.

Es sei Zeit, nach inzwischen vierjähriger Vorbereitung des Teilregionalplans "einen Knopf dran zu machen", fasste Fraktionsvorsitzender Günter Bächle (Mühlacker) das Gesprächsergebnis zusammen.

Bei der Sitzung der CDU-Regionalräte in Pforzheim brachten die Vorsitzenden der Kreisbauernverbände Ulrich Hauser (Enzkreis und Pforzheim), Friedrich Großhans (Calw) und Gerhard Fassnacht (Freudenstadt) sowie der Geschäftsführer der Bauernverbände Calw und Freudenstadt, Karl-Friedrich Günther, zum Ausdruck, ihnen dauere die Arbeit an dem Teilregionalplan zu lange. Sie wünschten sich, dass das Regionalparlament die Ausarbeitung beschleunigt.

Hauser sagte, Ziel müsse die Reduzierung des Flächenverbrauchs sein. Hier sei eine Abwägung der Interessen zwischen Landwirtschaft und den Entwicklungszielen der Kommunen notwendig. Gesichert werden müsse sowohl die Nahrungsmittelproduktion als auch die Lieferung von Biomasse zur Energieerzeugung. Notwendige Größe für einen zukunftsfähigen Milchwirtschaftsbetrieb seien 150 bis 200 Milchkühe und bei der Schweinezucht etwa 2500 Mastplätze. Das erfordere nicht nur Fläche zur Bewirtschaftung, sondern auch die Sicherung des Abstands zur Wohnbebauung, so Hauser. Die landwirtschaftlichen Betriebe bräuchten Planungssicherheit, die ihnen die Regionalplanung bringen könne.

Nach Meinung von Gerhard Fassnacht könne der Regionalverband Nordschwarzwald mit dem Instrument des Höfeschatzes eine Vorreiterrolle im Land Baden-Württemberg übernehmen. Karl-Friedrich Günther sprach von einem Pilotprojekt. Flächenkonkurrenz entstehe vor allem auf guten Böden, wobei die Entwicklung der Kommunen nicht nur auf Kosten der Landwirtschaft geschehen dürfe. Hier müssten durchaus auch Waldflächen in Anspruch genommen werden. Nicht hinzunehmen sei aber, dass die Landwirtschaft immer den Ausgleich bringen müsse für Eingriffe in den Forst.

Der Direktor des Regionalverbands, Dirk Büscher, verwies darauf, dass derzeit vier Teilregionalpläne in der Aufstellung seien. Auch der Forst dränge auf die Fertigstellung seines Teilregionalplans. Noch immer warte der Regionalverband auf die Überprüfung der Wirtschaftsfunktionskarten für die Landwirtschaft durch die Landratsämter Freudenstadt und Enzkreis, ohne die ein weiteres Verfahren nicht möglich sei. Schon jetzt zeichneten sich etwa 50 Konfliktfälle zwischen den Wünschen der Landwirtschaft auf Flächensicherung und Höfeschatz und den Entwicklungsplanungen der Kommunen ab. Auf die gesamte Region gerechnet, handle es sich um etwa 150 Hektar strittiger Fläche.

"Wir müssen diese Konfliktfälle abarbeiten, aber dazu muss man endlich damit beginnen können", so Fraktionsvorsitzender Günter Bächle.

Mastindustrie: Bald stinkt es gewaltig im Großraum Springe!

von [Wolfgang Decius](#) aus [Springe](#) | vor 1 Tag | 99 mal gelesen | [1 Kommentare](#) | 0 Bildkommentare | 1 Bild



Das stinkt gewaltig! Foto: Decius

In Wietze bei Celle (ca. 70 km Luftlinie von Springe entfernt) ist Deutschlands größter Schlachthof geplant. Dort sollen täglich ca. 432.000 Hühner geschlachtet werden. Dafür sollen 450 Mastanlagen in der näheren Region entstehen. Geplant sind solche Anlagen in Boitzum, Adensen, Pattensen, Eimbeckhausen, Wülfingen, Alvesrode, Wennigsen und in vielen Orten entlang der Autobahnen A2 und A7. Mit dem geplanten Riesenschlachthof in Wietze und dem geplanten Hähnchen-Highway entlang der A7 und der A2 mit über 150 Großstallbauten von Masthähnchen erreicht die Massentierhaltung in Niedersachsen mit all ihren negativen Folgen für Umwelt, Bevölkerung, Gesundheit, Tourismus und Tierschutz ihren Höhepunkt.

Die Bürgerinitiative Luft -kennt-keine-Grenzen will diese Mastindustrie in Springe und Umgebung verhindern und sich für ein Naherholungsgebiet stark machen und es auch bewahren. Im Großraum Springe fragt man sich seit Wochen: "Haben wir bald mehr Hühner in einem Stall als Einwohner in der Stadt"? Der Ärger: Auch hier in der Feldmark von Boitzum und Wülfingen sind Mastanlagen für ca. 80.000 Hühner geplant, die dort ein kurzes und elendes Dasein fristen würden.

Der Initiator Christian Deiters, Student der Landwirtschaft winkt ab: „Ich werde bald mit dem Studium fertig sein und möchte dann auf dem elterlichen Hof mit einsteigen.“ Allerdings reiche das Geld für zwei Familien nicht aus, wenn allein der bestehende Ackerbau fortgeführt werde. Außerdem seien Hähnchen die „Zukunft der Landwirtschaft.“ So versicherte er, dass insgesamt nur zwei Ställe geplant seien. Zunächst einmal würde auch nur eine der beiden Anlagen mit je 38 000 Hähnchen errichtet. Die Kritik einer Bürgerinitiative und einiger Anwohner gegen den Bau seien unberechtigt. So würde die Hähnchenfarm mit genug Abstand zu den umliegenden Orten gebaut – nämlich zwischen 800 Meter und 1,4 Kilometer weit, nur 300 Meter seien Pflicht. Enttäuscht zeigte sich auch die Familie Deiters: „Es werden miese Ängste geschürt und reißerische Parolen verbreitet.“ Von einigen Nachbarn müsse man sich in Zukunft distanzieren.

Aber warum warnen dann Umweltverbände, Tierschutzverbände, Organisatoren der

Landwirtschaft, Vertreter von Kirche und Politik vor den Folgen der Massentierhaltung? Sie rufen zur Umkehr zu einer natürlichen bäuerlichen und nachhaltigen Landwirtschaft auf und mahnen die Verbraucher, ihr Konsumverhalten zu ändern.

Einerseits ist da die Belastung der Umgebung eines Maststalls mit Nitraten und Ammoniak aus den Ausscheidungen der Hühner. Ob diese sicher nicht ins Grundwasser gelangen und die Qualität des guten Nordheidewassers beeinträchtigen würden, ist ungewiss. Für Geruchsbelästigung sorgen würden sie in jedem Fall.

Nach den vom Bundesrat mit Zustimmung Niedersachsens am 12. Juni 2009 beschlossenen neuen Hähnchen-Haltungsvorschriften sind Besatzdichten von 35 bis 39 kg pro qm erlaubt. Das bedeutet: Am Mastende teilen sich 21 und mehr Hühner einen Quadratmeter. In Verbindung mit der Mastdauer von 34 bis 44 Tagen und den angezüchteten Eigenschaften der Tiere scheint die Einhaltung der Tierschutzvorgaben nach §2 Bundestierschutzgesetz nicht mehr gewährleistet. Na dann "Guten Appetit!"

Leipziger Internetzeitung

Tierproduktion: Sachsens Landwirtschaftsminister lobt tiergerechte Erzeugung - mit Einschränkung

Ralf Julke
22.07.2010



Aus- oder inländische Eier?

Foto: Ralf Julke

Am Dienstag, 20. Juli, hat Sachsens Landwirtschaftsminister Frank Kupfer mehrere landwirtschaftliche Betriebe im Raum Großenhain besucht. Dergleichen tut er öfter. Diesmal war es ihm wichtig zu zeigen, dass auch Investitionen in die Tierhaltung Wirtschaftsinvestitionen sind.

Der Freistaat habe seit 2007 insgesamt 632 Projekte zur Verbesserung der Haltungsbedingungen mit 45,7 Millionen Euro unterstützt, lässt er sein Ministerium nun mitteilen. Das Volumen der damit geförderten Gesamtinvestitionen lag bei rund 120 Millionen Euro.

"Sie sichert die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe und ist damit der wichtigste Arbeitgeber im ländlichen Raum. Sie sorgt so für das Einkommen der Menschen und für den Erhalt ländlicher Strukturen“, sagte Kupfer. „Tierproduktion ist bei uns in Sachsen aber auch aus Sicht der Tiere vorteilhaft, auch wenn das selbsternannte Tierschützer immer wieder gebetsmühlenartig in Frage stellen. So können lange Transportwege vom Erzeuger zum Schlachthof vermieden werden.“

Außerdem würden in Deutschland die höchsten Standards für die Tierhaltung gelten, deren Einhaltung durch ein dichtes Kontrollsystem überwacht werde.

„Allerdings dürfen wir auch hier das Kind nicht mit dem Bade ausschütten“, sagte der Minister. „Wenn in Deutschland die Anforderungen für die Haltung der Tiere ständig verschärft werden, in den Nachbarländern aber nicht, kann die Produktion ins Ausland abwandern.“

Beispiel sei das Verbot der Käfighaltung für Legehennen in Deutschland. Seit dem Inkrafttreten ist die Produktion von Eiern in Sachsen um mehr als 40 Prozent zurückgegangen. „Wer das als Erfolg feiert, tut den Tieren keinen Gefallen. Kein einziges Huhn wird glücklicher, wenn es nun im Ausland unter wesentlich schlechteren Bedingungen gehalten wird. Bei uns geht jedoch Wertschöpfung verloren. Und das kann Arbeitsplätze kosten“, sagt Kupfer.



Ist ausländische Käfighaltung ein Argument für eine Kehrtwende?
Foto: Ralf Julke

Kann man natürlich fragen: Was hat der Freistaat dazu getan, die heimische Produktion zu unterstützen? Denn natürlich ist es kontraproduktiv, auf die besseren Haltungsbedingungen in Deutschland zu schimpfen und die Eier aus Billighaltung trotzdem ins Land zu lassen. Da tut die sächsische Landesregierung ihren Bauern keinen Gefallen, wenn sie die Haltungsbedingungen andernorts auch noch anpreist: Die Vermarktungsbedingungen in Deutschland müssen sich ändern.

Dasselbe trifft auf alle landwirtschaftlichen Produktionsbereiche zu, denn wenn es um Herstellungsbedingungen geht, wird daheim stets etwas anderes geredet, als was auf EU-Ebene dann für alle EU-Mitglieder verbindlich umgesetzt wird. Und dort sind es vor allem die konservativen und liberalen Parteien, die das Hohe Lied der freien Märkte singen und dabei unterirdischen Produktions- und Dumping-Bedingungen Tür und Tor öffnen.

Mit dem Ergebnis, dass sich gar kein sichtbarer europäischer Binnenmarkt entwickelt, nur die Subventionen werden vorsichtig zurückgefahren - nicht weil die Geldverteiler vorsichtiger wären, sondern weil aus jedem Land eine eigene Lobby an Produzenten um ihre jahrzehntelang geschonten Pfründen kämpft.



Sollte der Freistaat nicht besser für die eigene Produktion zielgerichteter werben?

Foto: Ralf Julke

Neuinvestitionen in die Tierproduktion solle man aufgeschlossen gegenüber stehen, meint Kupfer. „Natürlich ist die Vorstellung, einen Schweinestall in die unmittelbare Nachbarschaft zu bekommen, zunächst unangenehm. Unsere Erfahrungen zeigen aber, dass die Diskussion meist nur im Vorfeld stattfindet. Ist der Stall dann einmal da, wird er kaum noch wahrgenommen.“

Durch in der Regel erforderliche immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren sei der Schutz der Anwohner ausreichend gesichert, betonte der Minister. Neben dem Verbleib und der ordnungsgemäßen Verwendung der entstehenden Gülle müsse dabei auch die Einhaltung der maximal zulässigen Geruchsbelastung der Anwohner nachgewiesen werden.

Rund zwei Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe in Sachsen halten Tiere. Im Bundesvergleich ist der Viehbestand niedrig. So liegt der Viehbesatz bezogen auf die landwirtschaftliche Nutzfläche in Sachsen bei 0,56 Großvieheinheiten pro Hektar, deutschlandweit liegt die Zahl bei 0,8.

PRESSE ANZEIGER
Das freie Presse & Medien Portal

www.presseanzeiger.de

Regierungsparteien fest im Griff der Nutztierlobby

2010-07-07 19:53:38



Diese Gestelle, mit denen Sauen fixiert werden, sind noch Standard. Auf sie wollen die Sauenhalter nicht verzichten, obwohl die Ferkelverluste frei beweglicher Tiere in etwas größeren, eingestreuten Buchten nicht höher sind. © E. Wendt

[\[Bild in Originalgröße öffnen\]](#)

(PA) Mit Enttäuschung und Empörung reagieren Tierfreunde auf die Weigerung der Mehrheit von CDU, CSU und FDP im Verbraucherausschuss des Bundestages, ein verbindliches „Prüf- und Zulassungsverfahren für Haltungseinrichtungen für Nutztiere“ (Tierhaltungs-TÜV) auf den Weg zu bringen. Damit dürfen Tierhalter weiterhin Haltungssysteme verwenden, die nicht den natürlichen Bedürfnissen der Nutztiere gerecht werden und deshalb von der Mehrheit der Bevölkerung entschieden abgelehnt werden.

Mit dem angestrebten Prüfverfahren sollen nach dem Vorbild der Schweiz tierfeindliche Haltungssysteme erkannt und von der Verwendung ausgeschlossen werden. Betroffen wären zunächst Haltungssysteme für Legehennen, insbesondere die neue Käfighaltung, aber auch die Abferkelgestelle für Sauen und die Drahtgitterkäfige für Kaninchen. „Es ist ein Skandal, dass sich ausgerechnet die Parteien mit dem „C“ im Namen dem Diktat der Lobbyverbände der Tierindustrie beugen und sich dem Schutz der Tiere, unserer leidensfähigen Mitgeschöpfe, verweigern!“, kritisiert der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für artgerechte Nutztierhaltung e.V. (AGfaN), Eckard Wendt, und fordert, den Nutztieren ein würdiges Leben ohne Leiden zu ermöglichen, statt der Hölle auf Erden vor dem Tod am Fließband auf dem Schlachthof.

Die Tierschützer bitten alle Verbraucher, nur noch Fleisch aus artgerechten Haltungen zu kaufen, also Fleisch, das nach Bio-Richtlinien erzeugt wurde oder am besten Fleisch von „Neuland“, das bekanntermaßen die höchsten Tierschutzstandards erfüllt. Der höhere Preis könne leicht durch eine Einschränkung des Konsums ausgeglichen werden, zumal der Durchschnittsbürger ohnehin ungesund viele tierische Produkte konsumiert. Es sei auch fraglich, ob Fleisch von zeitlebens leidenden Tieren angesichts der vielen Stresshormone überhaupt gesundheitlich zuträglich sei.

Veröffentlichung von PresseAnzeiger.de - <http://www.presseanzeiger.de>

AGD

Storteboom overgenomen door Britse slachterij

09-07-2010 - Pluimveeslachterij Storteboom is overgenomen door 2 Sisters Food Group.

Dat heeft het dochterbedrijf van Boparan Holdings bekend gemaakt. 2 Sisters had al eerder aangekondigd plannen te hebben om Storteboom over te nemen, maar nu heeft ook de ondernemingsraad en de mededingingsautoriteit goedkeuring verleend voor de overname.

Met de overname van Storteboom komen in Nederland twee internationaal opererende partijen op het gebied van pluimveevlees: Plukon en 2 Sisters. 2 Sisters wil het segment van Storteboom gaan uitbreiden. "Storteboom was na de doorstart in 2003 vooral gericht op foodservice en industrie. We gaan ons nu ook meer richten op de retail in Nederland", zegt Ruud Oost, directeur van de Nederlandse vestiging van 2 Sisters in Cuijk.

Onder welke merknaam het pluimveevlees van 2 Sisters in de Nederlandse schappen komt is nog niet bekend. "2 Sisters is in Groot-Brittannië marktleider en heeft daar veel naamsbekendheid. In Nederland en Duitsland is Storteboom juist een begrip", zegt Oost. Nederland is het enige land buiten Groot-Brittannië waar 2 Sisters vestigingen heeft. 2 Sisters heeft een omzet van 900 miljoen euro.

Bron en Copyright: Agrarisch Dagblad, www.agd.nl